

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 80 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mk., bei Selbstabholung 1 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk., für 1 Monat 1 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 48 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:  
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 18000.

Insertatskosten die Tagespaltens Zeile oder deren Raum 80 Pfg., bei Platzvorschrift 85 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Bellegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 6.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Die Lösung der österreichischen Ministerkrise.

### Die neuesten Meldungen.

**Am Vorabend neuer Ereignisse in Rußland?**  
Budapest, 21. Juni. Der Korrespondent der Telegraphen-Union erfährt aus Stockholm: Von einer solchen aus Moskau hier eingetroffenen Persönlichkeit wird erklärt, daß Rußland am Vorabend neuer großer Ereignisse stehe. Mit Rücksicht hierauf habe Kobzants die Mitglieder der Duma aufgefordert in Permanenz zu bleiben. Die bürgerlichen Parteien planen den Sturz des kaiserlichen Regimes. Die bürgerlichen Parteien haben auch in Offizierskreisen viele Anhänger. Kosaken werden von anderen Städten herangezogen; die kaiserliche Regierung soll fest entschlossen sein, den Kampf mit der Reaktion energisch aufzunehmen.

**Die österreichische Kabinettkrise.**  
Wien, 20. Juni. (R. A. T.-Bureau.) Die in parlamentarischen Kreisen verlautet, geht das Bestreben des Ministerpräsidenten Grafen Lammasch dahin, die polnisch-deutsche Mehrheit zu bilden unter Aufnahme von Vertretern der Polen, Tschechen, Südböhmern und Ruthenen als Landmannminister, um dem Kabinett einen dauernden Charakter zu sichern. Andererseits wird auch der Plan eines großen parlamentarischen Konzentrationstaktes erörtert, in dem acht Ministerposten einschließlich des zu schaffenden Ministeriums für soziale Fürsorge aufgestellt, während und außerdem sechs Landmannministerstellen eröffnet würden.

**Ein Wasserstraßentag.**  
Wien, 20. Juni. (B. T. B.) Heute vormittag begannen die Beratungen des österreichischen Wasserstraßentages, zu dem aus Deutschland u. a. erschienen waren der Oberbürgermeister von Dresden, der Oberbürgermeister von Augsburg, ferner Delegierte der Handelskammern München, Nürnberg, Passau, Dresden, Hamburg und Stuttgart und Delegierte des Senats von Hamburg und Lübeck. Der Vorsitzende sagte in seiner Eröffnungsansprache, der Wasserstraßentag sei ein lebendiger Beweis dafür, daß es und nicht darum zu tun sei, mit dem Schwerte Streit zu machen, sondern nur darum, die wirtschaftliche Anrechnung von uns abzuwenden.

**Der Weltkongress in Stockholm.**  
Amsterdam, 21. Juni. Der Sonderkorrespondent der Morningpost in Stockholm drahtet: Mit ziemlicher Sicherheit ist zu erwarten, daß Mitte Juli in Stockholm der allgemeine sozialistische Weltkongress stattfinden wird. Der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat zusammen mit dem holländischen Komitee werden diesen Kongress einberufen. Auf der gestrigen Generalversammlung des Arbeiter- und Soldatenrats sind 52 Millionen Arbeiter, Soldaten von Bauern vertreten. Der aus Rußland ausgewählte Zimmerwalder Führer Grimm trifft heute abend in Stockholm ein. — Die englischen Sozialisten sind gestern von Stockholm nach Petersburg abgereist. — Drei italienische Sozialisten sind von Petersburg gestern in Stockholm angekommen. (Morgenpost.)

**König Konstantin in der Schweiz.**  
Zugang, 21. Juni. König Konstantin empfängt keine Pressevertreter. Er ist entschlossen, unter allen Umständen seine Lage bis zu den äußersten Folgen durchzuhalten. Indem er die Schweiz zu seinem Aufenthaltsort gewählt hat, gab er einen Beweis seines Entschlusses als Privatmann zu leben. Seine Abdankung ist vollständig, wie sie von den drei Mächten gefordert war. Um seinen Kande die Schrecken des Krieges zu sparen und die neutrale Stellung zu ehren, hat König Konstantin das letzte Opfer gebracht und das Land verlassen. (Votalsänger.)

**Die Verbeidlichkeit in Kanada und Amerika.**  
New York, 21. Juni. Aus New York erfährt Daily Telegraph, daß die britischen Abgesandten, die die Werbung in den Vereinigten Staaten zu betreiben haben, durch einen Stabsoffizier aus Kanada verstärkt worden sind, der sich an die französischen Kanadier wenden will, die in einer Stärke von 1 Million Mann in den Neu-England-Staaten wohnen und sich bisher nicht geneigt gezeigt haben, Dienst zu nehmen. Dieser Stabsoffizier, dem sich nach Annahme des Wehrpflichtgesetzes in Kanada für die Anwerbung der Kanadier in der Union Dienste bieten werden, wird bei seiner Tätigkeit durch die amerikanischen Behörden unterstützt werden. (Kön. Zeitung.)

**Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 20. Juni befinden sich auf der 3. Seite.**  
**Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.**

### Unter dem Schutze des Unternehmertums.

Die Leipziger Handelskammer versendet an ihre Mitglieder das nachstehende Schreiben:  
Leipzig, am 13. Juni 1917.

Bekanntlich haben sich die Gegensätze in der Sozialdemokratie infolge der Bewilligung der Kriegskredite wesentlich verschärft und zu einer Spaltung in der Organisation der sozialdemokratischen Partei geführt. Die große Mehrheit der Sozialdemokratie anerkennt die Pflicht der Vaterlandsverteidigung, während die Minderheit die Kriegskredite verweigert wissen will. Die alten Leipziger sozialdemokratischen Kreisvereine vertreten den Standpunkt der Minderheit, deren Tendenzen in der Leipziger Volkszeitung zum Ausdruck kommen.

Als Glied der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat sich kürzlich in Leipzig ein neuer Parteiverein gebildet, der nimmehr auch an die Herausgabe einer neuen Zeitung gehen will, die von Ende Juni an täglich unter dem Titel „Freie Presse“ erscheinen wird.

Die Herausgeber dieser neuen Zeitung haben sich nun an die Handelskammer mit der Bitte gewendet, bei ihren Bezirksangehörigen zu beauftragen:

1. daß die Verteilung der vom 26. Juni an erscheinenden Probenummern in oder wenigstens vor den Betriebsstätten beim Arbeitsschluß gestattet werde;
2. daß kurz vor dem 1. Juli Abonnementslisten für die „Freie Presse“ in den Betrieben zirkulieren können, soweit sich Leute bereit finden lassen, diese Listen in Zirkulation zu setzen;
3. daß sie sich der neuen „Freien Presse“ und namentlich ihrer Probenummern, die in hoher Auflage in Leipzig-Stadt und -Land unentgeltlich zur Verteilung kommen, als günstiger Insertionsgelegenheit bedienen.

Wenn sich die Handelskammer auch bisher grundsätzlich jeder Stellungnahme in parteipolitischen Fragen enthalten hat und an diesem Standpunkte auch in Zukunft festzuhalten gedenkt, so glaubt sie im vorliegenden Falle nach Lage der Verhältnisse doch so weit gehen zu sollen, daß sie die Wünsche der Herausgeber der neuen Zeitung ihren Bezirksangehörigen, wie hiermit geschehen sein soll, mitteilt und ihnen ihre Erfüllung anheimstellt.

Die Handelskammer.

Schmidt, Vorsitzender.

Dr. jur. Wendland, Syndikus.

Dieses Schriftstück ist in mehrfacher Hinsicht außerordentlich bemerkenswert: Es ist ein Zeichen unserer Zeit, es ist ein weiterer Beweis dafür, aus welchen Quellen den Sozialimperialisten moralische Unterstützung und materielle Hilfe fließen.

Als Grundlag der Arbeiterbewegung gilt, daß die Befreiung der Arbeiter aus den gegenwärtigen Verhältnissen nur das Werk der Arbeiter selbst sein könne. Das große Vertrauen, das die sozialdemokratische Partei bis zum Kriegsausbruch bei den Arbeitern fand, beruhte ausschließlich darauf, daß die Arbeiter die Wahrung ihrer Interessen bei der Sozialdemokratie in sicherer Hand wußten. Auf die Selbstständigkeit der Arbeiterbewegung wurde der entscheidende Wert gelegt; unabhängig von allen kapitalistischen Einflüssen, frei von allen Interessen des Kapitals sollte die Bewegung sein: das war der Wille, das war der Stolz der deutschen Arbeiter.

Und darum regte sich bei den Arbeitern so viel Zorn und Erbitterung gegen die gelbe, gegen die wirtschaftsfeindliche und die anderen Richtungen dieser Art, die nur durch die weitgehende Unterstützung der Unternehmer auskommen konnten. Die Arbeiter wissen: der Unternehmer folgt nur den Gesetzen seiner Klasse, wenn er für jede Leistung eine Gegenleistung verlangt. Der Unternehmer unterstützt die gelben Vereine nicht deshalb, weil deren Mitglieder schönere Menschen sind als die Mitglieder der freien Gewerkschaften, sondern seine Unterstützung hat den Zweck, diese Vereine den kapitalistischen Interessen dienbar zu machen, sie in den wirtschaftlichen Auseinandersetzungen gegen ihre eigenen Arbeitgenossen ausstreifen zu lassen.

So ist das auch in diesem Falle. Die Unternehmer, die die Handelskammer bilden, leisten ihre freundliche Hilfe den Herausgebern des Konkurrenzorgans der Leipziger Volkszeitung nur, weil sie annehmen können, daß das neue Blatt kapitalistische Interessen wahrnehmen wird. Die Handelskammer bildet die offizielle Vertretung des Handels- und Industriekapitals, sie muß deshalb zu dieser Auffassung kommen.

Die neue Zeitung der Leipziger Sozialimperialisten tritt also als ausgesprochen gelbes Blatt auf den Plan. Nachdem

sich ergeben hat, daß die Masse der Leipziger Arbeiter diesen Herren keine Gefolgschaft leisten, wenden sie sich vertrauensvoll an die offizielle Vertretung des Unternehmertums, und wie man aus diesem Dokument ersehen kann, sind sie nicht auf taube Ohren gestoßen.

Die weitere Erörterung dieses Vorgangs, seine deutlichere Charakterisierung überlassen wir unsern Lesern!

Der Fall hat aber nicht nur ein besonderes Arbeiterinteresse, sondern er gibt auch zu allgemeinen politischen Bemerkungen Anlaß.

Die Handelskammern sind, wie wir schon bemerkt haben, Interessenvertretungen des Handels- und des Industriekapitals. Sie beeinflussen selbstverständlich das politische Leben, sie nehmen auch aktiv an politischen Fragen Stellung, soweit diese ihre Interessen betreffen. Neu jedoch ist, daß sie auch in das Parteileben eingreifen, daß sie offiziell für die eine Partei gegen die andere Stellung nehmen. Wir versichern ja, daß sich die Sympathien der Leipziger Handelskammer dem neuen Waite zuwenden; aber gehört es noch zu den Aufgaben einer Handelskammer, sich in den Propagandadienst einer neugebildeten politischen Partei zu stellen?

Wir machen weiter darauf aufmerksam, daß die Leipziger Handelskammer offiziell eine Handlung unternimmt, die die bestehende Gesetzesbestimmungen verletzt. Die Bekanntmachung über Druckpapier vom 20. Juni 1916, unterschrieben von Herrn Dr. Seltzerich als Stellvertreter des Reichstanzlers, veröffentlicht im Reichsgesetzblatt Seite 524, enthält folgenden

§ 8.  
Die Lieferung von Frei- und Werbeexemplaren von solchen Zeitungen, Zeitschriften und sonstigen periodisch erscheinenden Druckschriften, die ganz oder teilweise auf maschinenglattem, hochglänzendem Druckpapier hergestellt sind, ist verboten, gleichgültig, ob die Lieferung auf längere oder kürzere Zeit, ob sie durch Belegexemplare oder durch Mittelpersonen erfolgt. Die Uffierung von Pflichtexemplaren an Behörden wird von dieser Bestimmung nicht berührt, ebenso ist die Abgabe von Werbeexemplaren an Mitarbeiter, Korrespondenten und Soldatenkassen, jedoch nicht mehr als ein Exemplar, und die Abgabe von Belegexemplaren an Inserenten gestattet.

Die Verhandlung wird bis zu sechs Monaten oder  
Vertrags bis zu 10000 Mt. gehen den angehebt, die Meen Be-  
stimmungen zu verhandeln. Und in der „Sammlung der Vorarbeiten“  
über den Vertrag mit Druckpapier und Druckfarbe, heraus-  
gegeben von der Reichsministerialstelle für das  
deutsche Zeitungsgewerbe, wird in einer Anmerkung zu  
§ 8 ausdrücklich gesagt: „Rechtshöheren das Gebot mäßig  
unnachlässig bestraft werden.“

Wenn man sich daran erinnert, welche großen und kleinen  
Schwierigkeiten das Tageswerk und nicht zuletzt der sozialdemo-  
kratischen Presse genötigt werden, wie sie unter den gezei-  
chten Bestimmungen, die der Reichsausschuss mit sich gebracht hat,  
zu leiden hat, wie sie alle die Einschränkungen im Materialverbrauch  
über sich ergehen lassen muß, dann muß man sich allerdings darüber  
wundern, mit welcher Leichtfertigkeit die Herausgeber des neuen Blattes  
über diese Schwierigkeiten hinwegkommen!

Denn es noch eines Beweises bedarf, wie notwendig es  
ist, daß die wirtschaftliche Presse, die von allen kapitalistischen  
Interessen unabhängige Zeitungs- und Zeitschriften, von den  
Redaktionen unterstellt wird, so ist er durch die Vereinfachung der Zeit-  
singer Sozialimpulsen für ihr helles Licht erbracht worden. Wie  
werden auch in Zukunft nicht um das Wohlwollen der Unternehmern  
kaufen. Wie versprechen auch diesmal, daß wie nie diesem einen  
Zeitschrift, wie bisher folgen werden: Unerschütterlich für das  
Wohlfahrt der arbeitenden Bevölkerung tätig zu sein.  
Das hat uns bisher das Vertrauen der Arbeiter und aller deren  
Lemden, die auch in der Politik auf Gerechtigkeit hatten, und  
darauf haben wir unsere Arbeit.

Und nun haben die Leipziger Arbeiter das Wort!

### „Die Schleier fallen!“

Unter dieser Überschrift bringt der Courrier, das Organ des  
deutschen Reichsverbandes, in seiner Nr. 12 vom 17. Juni  
einen Artikel, der für die in Gewerkschaftskreisen grassierende poli-  
tische Auffassung charakteristisch ist. Er befaßt sich mit der Stock-  
holmer Konferenz und sagt einleitend:

Wir stehen den Weltkriegen so viel erlebter und seit Mit-  
tend Juni begünstigt Stockholm Friedensverhand-  
lungen der „Internationalen“ beinahe bis zu dem  
gegenüber, weil den Männern, die sich dort zu unerbittlichen  
Unterhaltungen zusammenfinden werden, Aufgaben gestellt sind, die  
sie nicht erfüllen können. Den internationalen Schwärmern,  
die dort ihren Ausdruck finden, ist durch nationale Wirk-  
lichkeiten eine unüberwindliche Grenze gezogen. Und daran  
muß das Stockholm Experiment an sich scheitern, so-  
weit es auf praktische Erfolgsmöglichkeiten eingestellt war.

Nach dieser Ablehnung und dieser Betonung „nationaler Wirk-  
lichkeit“ heißt es dann weiter:

Man darf dies so tief und lebhaft wie nur möglich bedenken,  
aber mit diesem Bedenken ist uns nicht gehilft. Wir sehen heute,  
daß es auch in unsern Reihen Leute gibt, die allen Tatsachen zum  
Trotz gewisse Friedenshoffnungen auf diese Stockholmer  
Unterhaltungen setzen, und denen gegenseitig müssen wir, die wir  
haben, zu sagen, daß sie in ihren Hoffnungen und Erwartungen die  
bittersten Enttäuschungen erleben werden. Größere und bittere Ent-  
täuschungen, als sie ihnen schon durch die internationalen  
verfälschten Reden bereitet worden sind. Bereitet werden müssen,  
weil es die verflochtenen Internationalen nicht über sich bringen,  
in ihrem Willen und Mitten ein gewisses Gleichgewicht herzustellen und  
zu erhalten. Und wenn man den bisherigen Verlauf der Stockholmer  
Unterhaltungen ebenso gründlich wie kritisch überprüft, dann kommt  
einem so recht klar zum Bewußtsein, wie reich der Gedanke des  
Reichs an Sophistiken ist. Ganz abgesehen davon, daß die  
internationalen Sozialisten, die Entente-Sozialisten und schließlich noch die  
international-oppositionellen Sozialisten dem Stockholm Experiment  
mit Konträrerexperimenten das an sich schon flache Wasser  
abgraben sich bemühen. Selbst der übertriebene Optimismus  
vermag diesen das Risiko herbeiführenden Wagnis nicht zu  
verschleiern.

Damit vergleiche man die Presse der Regierungsozialisten, die  
sich bemüht, die Stockholmer Konferenz als ihr Friedenswerk hin-  
zustellen, während doch ohne Zimmerwald und ohne Rienthal Stock-  
holm kaum gekommen wäre. Und wenn die Dresdner Volkszeitung  
schreibt:

„In der sozialistischen Deutschsicht für Stockholm kommt nicht  
nur die Überzeugung einzelner Parteimitglieder zum Ausdruck. Sie  
ist als eine Willensäußerung der gesamten So-  
zialdemokratie anzusehen.“

so erklärt der Courrier: „Nicht bis ans Herz“:  
Die dort abgegebenen Gutachten sind in dubio res  
geitigste Eigentum ihrer Träger, und keine Re-  
aktion wird sie als ihr Recht verplüchtend anerken-  
nen. Aber sie tranken auch an einem gewissen inneren Widerspruch.  
Der bewusste Status quo ante kommt nicht mehr zur  
Weltung und das ganze hängt auf die Formel hinaus: Gegen  
Anexionen, aber für Dekanexionen! Gegen Kriegenschaubühnen,  
aber für Entschärfung existenzbedingender Kriegsschaubühnen! Auf einem  
bedingungslos Frieden will sich anscheinend niemand  
verpflichten, was uns nur zu erklärlich scheint.“

Der einzige moralische Erfolg der Konferenz sei, daß die Staaten  
des Westens gezwungen worden wären, die Maske fallen zu lassen.  
„Man stellt im Westen auf die Formel: Keine Anexionen, keine  
Kriegenschaubühnen, Verständigungsfrieden statt Sieg und Nie-  
derlage. Nein, man will einen englischen, französischen, italienischen  
usw. Sieg; man will Anexionen und Kriegenschaubühnen.“

Von dem bekannten „deutschen Frieden“ wagt der Courrier  
nichts. Auch nicht davon, daß sich am 15. Mai Bethmann Hollweg  
mit den Riesen der obersten Oberleitung eins erklärte. Dafür ist  
ihm, Rußland ein um so angenehmeres Demonstrationssubjekt seiner  
politischen Auffassung.

„Und Rußland? Ego! Die Revolution, die ihre bisherigen  
Erfolge nicht zum geringsten Teile, zum mindestens indirekt, der  
vielschmählichen preussischen Soldateska verdankt,  
endet anscheinend unter einer Konterrevolution, einer Militärdiktatur  
oder einer Diktatur des Geldes der Ententeverbündeten, wenn  
Rußland es nicht vorziehen sollte, die Entente zu sprengen, um  
um Frieden zu kommen, was immerhin nicht ganz unwahrscheinlich  
ist. In diesem Falle hätte Rußland nur nötig, sich gegen die „Für-  
sorglichkeit“ seiner heutigen Verbündeten zu schützen, was immerhin  
noch erträglicher wäre, als die heutige Diktatur englisch-französisch-  
amerikanischer Kriegsdreher, die Rußland nur als Sturmblock be-  
nutzen.“

Und so schließt der Artikel:

Wir haben das Empfinden, daß diese Überzeugung auch in  
Rußland immer weitere Kreise erfährt. Wenn damit das Schicksal  
der Entente besiegelt wäre, hätte der Friede freiere Bahn und könnte  
ein schnelleres Tempo einschlagen. Heute sind es ausschließlich die  
Weltmächte, die den Frieden behindern, weil sie auf eine Neubestimmung

der Kriegsverhältnisse in Rußland spekulieren. In diese Richtung erst  
verfügt, heizt der U-Boot-Krieg die wirtschaftliche Misere der  
Westmächte zur Unerschwinglichkeit, dann wird der Friede im Ein-  
schleißt veranlassen, der bisher uns herpfehlen und etwas aus dem  
selbstigen Gleichgewicht herausgerateten Menschen zu langsam, wenn  
auch sicher, marstiert.“

So der Artikel des Courrier. Der Verfasser stimmt mit der  
bekanntem Kognatente des seitigen Courrier von der Deutschen Tages-  
zeitung, in dessen Welle der ganze Artikel gehalten ist. Welcher Welle,  
wie Figuren zeigt, nicht nur in der Deutschen Tageszeitung, den  
Reisiger Neuesten Nachrichten usw. läuft.

### Die Wäre Hoffmann.

#### Deutschfeindliche Kundgebungen in Genf.

Genf, 20. Juni. (Meldung der Schweizerischen Depeschen-  
Agentur.) Am Dienstagabend beschloß eine Volksversammlung  
des Bundesrats in Genf von ungefähr 15000 Personen, eine Verleumdung  
des Bundesrats zu veranlassen, um Kommissare einzuführen, welche  
die Verantwortlichkeit in der Angelegenheit des Anfalls feststellen sollen.  
Die Versammlung verlief sehr ruhig. Danach lebhaft begabten sich  
Gruppen von Kundgebungen vor das deutsche Konsulat in Genf.  
Konstant und versuchten, das Konsulatsgebäude heranzukommen.  
Die Polizei schritt aber ein und nahm das Gebäude besetzt, das auf  
den Volksworten in Sicherheit gebracht wurde. Die Kundgebungen  
gingen vor das österreichisch-ungarische Konsulat, wo  
Fenster eingeworfen wurden. Polizisten und Agenten  
langten in Kraftwagen an und zerstreuten rasch die Menge in der  
Umgebung des Konsulats. Mehrere Verhaftungen wurden vor-  
genommen. Andere Kundgebungen fanden vor dem russischen Kon-  
sulat statt. Die Gendarmen adnen blatt, luden die Waffen und schossen  
einige blinde Schüsse ab. Mehrere Polizisten und Kundgebende sind  
leicht verwundet, 18 Personen im Alter von 16 bis 18 Jahren ver-  
haftet worden.

#### Der Nachfolger von Hoffmann.

Der Kandidat für den Nachfolger von Hoffmann wird aus Bern gemeldet: Der Bund  
bestätigt, daß Bundespräsident Schilling, der bisher der Stell-  
vertreter von Hoffmann war, die Geschäfte des politischen Departement  
nennens überträgt und auch behalten dürfte. Bundespräsident Des-  
coppet wird das Militärdepartement mit dem volks-  
wirtschaftlichen Departement vertauschen. Ein neuwählender Bun-  
desrat dürfte das Militärdepartement übernehmen. Außer Ador  
wird auch Oberst-Korvettenkapitän Huber als Kandidat ge-  
nannt. Die Tagung des Bundesrats wird wahrscheinlich um eine  
Woche verlängert und bei der Wahl des neuen Bundesrats auch ge-  
plant die Frage der Erhöhung der Zahl der Mitglieder des Bundes-  
rats von sieben auf neun erörtert werden. Wenn diese Erhöhung  
erfolgt, dürften neben dem neuen welschen Mitglied zwei Deutsch-  
Schweizer in den Bundesrat kommen.

### Die Lage in Rußland.

#### Zersplitterten über die amerikanische Kriegs- beteiligung.

Petersburg, 20. Juni. (W. Z. B.) Die W. Z. B. meldet,  
erklärte der Minister des Äußeren Zersplitterten in einer Bespre-  
chung mit Vertretern der Presse u. a.: Was die wichtigste Frage der  
Teilnahme der Vereinigten Staaten am Kriege betreffe, so sei die  
nordamerikanische Republik kein neutraler Staat mit den Alliierten ein-  
gegangen. Die Besprechung mit Zitatung Hoy und der amerika-  
nischen Abordnung fände in völliger Offenheit statt. Es sei nicht  
versteht worden, daß sich einer Zusammenkunft einen Druck auf  
Rußland ausübten. Neben die Einberufung einer Konferenz der  
Alliierten sagte der Minister, diese sei noch in Vorbereitung.

#### Maßnahmen gegen „Anarchisten“.

Petersburg, 19. Juni. (Mentor.) Truppen sind in die Ge-  
schäftslokale des Blattes „Nuchala“ Wolla eingebrungen und haben  
die Anarchisten gefangen genommen, die sich der Zeitung gewaltsam  
bemächtig hatten.

#### Finanzoperationen.

Petersburg, 19. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphen-  
Agentur.) Die vorläufige Regierung hat beschlossen, die Ver-  
kaufung von Staats- und Ausland und die Auszahlung in Rubeln  
in laufender Rechnung an russische Anstalten und Personen im Aus-  
land zu unterlegen. Der Finanzminister wurde ermächtigt, eine  
besondere Abteilung für ausländische Wertpapiere einzurichten. Alle  
Kaufkäufe, die Wertpapiere zum Gegenstand haben, dürfen nur durch  
Vermittlung der Kreditanstalten vollzogen werden, deren Liste vom  
Finanzministerium aufgestellt wird. Alle Zuwendungen gegen  
dieses Gesetz werden mit Geldbußen oder Freiheitsstrafen bis zu  
5 Jahren bedroht.

#### Aus den Dokumenten der russischen Revolution.

Die menschenwürdige Moskwa-Gazette (Arbeiterzeitung) ver-  
öffentlicht folgenden Befehl des Generals Kornilow, des bis-  
herigen Kommandierenden des Petersburger Militärbezirks:

„Befehl an den Petersburger Militärbezirk, Petersburg  
Nr. 170a, 17. April 1917.“

Morgen, am 18. April (1. Mai) finden aus Anlaß des Welt-  
feiertags der Arbeit in den Truppenteilen des mir anvertrauten  
Militärbezirks keine Übungen statt.

Die Truppenteile, nebst ihrem Vorkommandanten, nehmen an den  
Volksaufmärschen teil, nachdem sie mit den betreffenden Rayon-  
komitees Vereinbarungen getroffen.

Unterzeichnet  
\*Hauptkommandierender der Truppen des Militärbezirks:  
Generalleutnant Kornilow.“

#### Die Bolschewiken und die provisorische Regierung.

Petersburg, 20. Juni. (W. Z. B.) Hier ist ein Kongress der  
Kosakenvereine zusammengetreten, der sich mit der Forderung der  
Kosaken zur einstweiligen Regierung, zur verfassunggebenden Ver-  
sammlung, zum Kriege und zu andern Fragen befaßt soll.

Die Arbeiten der Versammlung der Bergleute und Bergwerks-  
besitzer haben die Bereitschaft zu gegenseitigen Zugeständnissen er-  
geben.

Aus Tiflis wird berichtet, daß in einer Sitzung des aus-  
führenden Ausschusses des dortigen Arbeiter- und Soldatenrats die  
Kommissare von sieben Distrikten Berichte verlasen, wonach die  
Bauern mit der neuen Regierung sehr zufrieden seien. Sie erwar-  
teten die Regelung der Landfrage und Organisation der Schulen  
auf neuen Grundlagen.

#### Der sozialistische Wahlsieg in Petersburg.

Ein Telegramm der Petersburger Telegraphenagentur hat einen  
plötzlichen Wahlsieg der sozialistischen Blöcke bei den Wahlen für  
die Bezirksräte in Petersburg gemeldet, die den Wahlen für die all-  
gemeine Stadtduma vorausgehen. Der sozialistische Block  
hat mit 607000 Stimmen ein fast zwei Drittel aller abgegebenen  
Stimmen auf sich vereinigt. Die „Bolschewiki“, die gesondert  
vorgingen, erhielten 117000 Stimmen, während sämtliche bürger-  
lichen Parteien, meist vereint durch die Listen der Radikalenpartei,  
es bloß auf 108000 Stimmen brachten. Da die Wahlen auf Grund  
des proportionalen Wahlsystems vorgenommen wurden, werden die  
Parteien entsprechend den genannten Wahlsiffern in den Kommu-  
nalmehrheiten der einzelnen Petersburger Bezirke vertreten sein.  
An ähnlichem Verhältnis dürften die Parteien auch in die allgemeine  
Stadtduma eingehen.

Durch diesen Wahlsieg, der auf Grund des nun eingetretten all-  
gemeinen Wahlrechts erlangt wurde, werden zum erstenmal alle  
eigenmächtig, eigennützig, korrupten Elemente aus der Stadter-  
waltung entfernt, die bisher als Vertreter eines kleinen Schiffs von  
Hausarariern und Plutokraten den Halbschiff der Hauptstadt in  
Händen hielten. Neben der Befreiung zahlreicher Arbeitskräfte wird  
dieses formale Neuordnung der demokratischen Elemente die er-  
sehnte Gelegenheit geben, ihren politischen Einfluß in den Bezirken  
Petersburgs fest zu verankern und eine gute Grundlage zu schaffen  
für die in der Zukunft dem sozialistischen Block zu leisten, die  
Mittelkraft wird, die Entwicklung der Revolution zu sichern.

An den Wahlen hat der Arbeiter- und Soldatenrat insofern An-  
teil genommen, als er seine Autorität zugunsten eines Blocks aller  
in ihm vertretenen Parteien gegen die Alliierten in die Waagschale  
warf. In diesem Block nahmen sämtliche sozialistische  
Parteien mit Ausnahme der „Bolschewiki“ (sozialistische  
Partei) teil. (Nur in einigen Bezirken traten ein Teil der Men-  
schenwill und der Sozialrevolutionäre zusammen mit den Bol-  
schewiki.) Der Wahlausgang zeigt, daß die große Mehrheit der  
proletarischen und der mit ihr verbundenen kleinbürgerlichen Bevölke-  
rung hinter der Mehrheit des Arbeiter- und Soldatenrats steht.

### Zur Stockholmer Konferenz.

#### Die russische Einladung.

Budapest, 20. Juni. (W. Z. B.) Das Organ der ungarischen  
Partei Vespasien veröffentlicht den Wortlaut der telegraphischen  
Einladung zur Sozialistenkonferenz, die gestern dem Partei-  
sekretariat aus Petersburg über Stockholm zugegangen ist.  
Das Telegramm lautet: Im Auftrag des Petersburger  
Arbeiter- und Soldatenrates teile ich mit, daß der Rat in seiner  
Sitzung am 2. Juni den Beschluß gefaßt hat, vom 29. Juni bis  
3. Juli eine internationale Sozialistenkonferenz  
einzuberufen. Tischelbe, Vorsitzender.

#### Der französische Munitionsdirektor über die Er- klärung der deutschen Unabhängigkeitssozialisten.

Stockholm, 19. Juni. (W. Z. B.) In Sozialdemokraten läßt  
Erklärung der französischen Munitionsdirektor Albert Thomas auf  
die Friedenspolitik der deutschen Sozialdemokraten antworten  
und empfiehlt dieses Schriftstück seinen Lesern besonders an.

Thomas sagt da, er habe nie geglaubt, daß die Verletzung  
einer gemeinsamen sozialistischen Grundfaser so  
scharf hervortreten werde, wie dies bei der deutschen Erklärung der  
Fall sei. Es werde darin zwar von der Befreiung der Welt der  
Völker und Menschheit über die weltweite diplomatische gesprochen, aber  
was bedeute das, da Deutschland noch keine wirklich konstitutionelle  
Regierungsform habe? Im übrigen findet Thomas, wenn man die  
Darstellungen der deutschen Mehrheit für Punkt lese, stamme  
nicht immer mehr darüber, wieviel und was die ungarischen Sozialisten  
Lissmus sie enthalten. Der Fall Frankreich-Deutschland läßt nicht  
zwischen Deutschland und Frankreich entscheiden, sondern müsse der  
öffentlichen Meinung aller Völker unterbreitet werden. Er be-  
dauere nicht, wie sich die deutschen Sozialdemokraten nach dem Hin-  
weis auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker noch auf das Recht  
der Rasse und Sprache, der militärischen Stärke und der Wirtschaft  
berufen könnten.

In der Frage nach einer Teilnahme der Franzosen an  
der Stockholmer Konferenz ist der Munitionsdirektor sehr zurück-  
haltend.

#### Eine Besprechung mit englischen Sozialisten.

Stockholm, 19. Juni. (Meldung der Schwedischen Telegraphen-  
Agentur.) Der Holländisch-Dänische Sozialistische Ausschuss  
hat am 18. Juni eine vorläufige Besprechung mit Julius Wolf von  
der Arbeiterpartei der englischen Sozialisten gehabt, der von Thompson,  
dem Herausgeber des Clarion, begleitet war. Eine Zusammenkunft der  
Anführer der englischen Arbeiterbewegung wird von der Gesamtvertretung erst aus-  
gearbeitet.

Thompson macht Wolf schon einige Mitteilungen über die Hal-  
tung der englischen Mehrheit zu gewissen, für die Eng-  
länder Ausstich gegebene Fragen. Danach ist die englische Mehr-  
heit für Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgi-  
ens und Westflandern Nordfrankreichs und wirtschaftlichen Le-  
beraufbau dieser Gebiete auf Kosten der jetzt besetzenden  
Macht, ferner für ein geeinigtes, unabhängiges Polen und für völlige  
Wahlfreiheit aller Völkern in Österreich-Ungarn, dessen De-  
mokratisierung sie für eine wesentliche Voraussetzung für die Dauer-  
haftigkeit des Friedens hält. Die englischen Sozialisten und Arbeiter  
halten die Frage, wer Schuld am Ausbruch des Krieges  
sei, für besonders wichtig und die Errichtung einer übernationalen  
Gewalt zur Verhütung weiterer Zusammenstöße für erforder-  
lich; die Fabian-Gesellschaft hat einen vollständigen Plan für alle  
diese Dinge entworfen. Schließlich ist die englische Sozialisten- und  
Arbeiterbewegung Begnehm eines Wirtschaftskrieges nach Friedens-  
schluß.

#### Die amerikanischen Delegierten über die amerikanische Kriegsbeteiligung.

Kopenhagen, 20. Juni. (W. Z. B.) Sozialdemokraten melden  
aus Stockholm: Die drei amerikanischen Abgeordneten Goldfarb,  
Reinstein und Davidowitsch erschienen gestern in der Sitzung des  
sozialistischen Ausschusses. Sie haben, nachdem die amerikanische  
Regierung ihnen den Paz verweigert hatte, unter eigenartigen Um-  
ständen Amerika verlassen. Goldfarb führte eine schließliche Erklä-  
rung der amerikanischen Sozialisten Partei, der größten der beiden  
amerikanischen Sozialistenparteien, mit. Reinstein erklärte einem  
Mitarbeiter von Politik, daß die Großkapitalisten Amerikas die  
Kriegserklärung Wilsons verursacht hätten. Amerika werde zur  
Zeit von Morgan und Wallstreet regiert. Die Tochter Wilsons habe  
in diese Kreise hineingehört. Wilson habe sich immer mehr vor  
den Interessen der Kapitalisten leiten lassen. Eine Festsitzung habe  
man auch gewünscht, daß Rußland mit Deutschland einen Sonder-  
frieden abschließen und Amerika das Kapital, das es als Waffen-  
lieferant bei den Alliierten angelast habe, verlieren würde, wenn  
Deutschland Sieger bliebe. Diese Kapitalistenfürsorge hätten schließ-  
lich auf Wilson einen derartigen Druck ausgeübt, daß er das Land  
in den Krieg einzitrat habe. Die amerikanischen Sozialisten seien  
neutral; sie wünschten einen Frieden ohne Sieger, aber namentlich  
einen Frieden, der für das internationale Proletariat von Nutzen  
wäre.

### Vom Tage.

Die Frage: Soll sich die unabhängige Sozialdemokratie Deutsch-  
lands an der Konferenz in Stockholm beteiligen? hatten  
wir mit Ja beantwortet, weil es eine der dringlichsten Aufgaben  
der U. S. P. D. ist, Hand in Hand mit den oppositionellen Sozial-  
demokraten der andern Länder für schleunigste Herbeiführung des  
Friedens zu wirken. Die russische Korrespondenz Prawda, her-  
ausgegeben von der ausländischen Vertretung des Zentralkomitees  
der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki),  
wendet sich dagegen und schreibt:

Wir wissen nicht, ob das bedeuten soll, daß sich die unabhängige  
Sozialdemokratie an der gemeinsamen Konferenz mit den Scheid-  
manns, Renaudels nicht beteiligen will, und nur deswegen noch  
Stockholm reist, um mit den Widerheiten Fühlung zu nehmen;  
solte das der Fall sein, so müssen wir sagen, daß der Preis der Zu-  
sammenkunft der Internationalisten, den die U. S. D. zu bezahlen  
geben, zu groß wäre. Sie hätte zwei Monate lang die Arbeit der

Massen mit der Hoffnung genährt, daß die Sozialpatronen gewillt und in der Lage sind, um den Frieden zu kämpfen, um dann diese Illusionen erst bekämpfen zu müssen. Es würde sich noch einmal gezeigt haben, wie gefährlich es ist, in großen Sachen schlaf zu wachen.

Es ist nicht Schläue, die uns veranlaßt, für die Befreiung von Stockholm einzutreten, sondern lediglich die politische Erwägung, daß jedes auch nur einigermaßen taugliche Mittel benützt werden muß, eine Verbindung der Kriegsgegner, vor allen Dingen aber der oppositionellen Sozialisten, herzustellen und dem Kriege endlich ein Ende zu machen. Wir setzen in die Stockholmer Delegation der U. S. D. das Vertrauen, daß sie sich auch gegenüber den Scheidemannschen, Renaudelschen usw. nicht vergibt, sondern lediglich nach sozialistischen Grundsätzen handelt.

Die amtliche Boetuffassung der Presse und der Öffentlichkeit, wie sie in den drei Kriegsjahren in immer steigendem Maße betrieben worden ist, wird jetzt selbst durch den Kreis der Unabhängigen Nationalkorrespondenten, mit sich eine der größten Berliner Pressevereinigungen in einer Eingabe an den Reichskanzler wegen der zunehmenden Ueberschreitung der deutschen Presse mit... unentgeltlich verdrehten amtlichen Korrespondenzen" wenden, die eine empfindliche Schädigung aller Kreise des deutschen Schrifttums bedeuten und darüber hinaus die gesamte deutsche Presse mit einer bedenklichen Uniformierung und Korruption bedrohen.

Diese Eingabe, bemerkt die U. S. Korrespondenz dazu, enthält deutlich genug die „kleine Anfrage“: Weib der Herr Reichskanzler um diese „amtlichen Korrespondenzen“ und ihre Unentgeltlichkeit? Was gedenkt er dagegen zu tun?

„Unschöne Dinge“ schreibt die Korrespondenz dann weiter, „handelt es sich bei der folgenden „kleinen Anfrage“, die wir selbst den vorstehenden und anknüpfen erlauben möchten. Man meldet uns aus Hamburg, daß dort die letzte Reichstagsrede des Herrn Reichmann (welche bekanntlich auf eine rätselhafte Art in Massenaussagen durch das ganze Reich verbreitet wurde) jetzt sogar in den Mädchenschulen verbreitet wird. Ist der Herr Reichskanzler bereit, darüber Auskunft zu geben, ob amtliche Stellen damit in Verbindung stehen, und wenn ja, auf welchen Mitteln dieser Massenvertrieb beruht? Andernfalls, welche Schritte gedenkt der Herr Reichskanzler gegen die Verbreitung seiner Rede in Schulen zu tun?“

Wenn sich auch der Herr der U. S. nicht gegen die Beeinflussung von Presse und Öffentlichkeit an sich richtet, sondern nur gegen eine Beeinflussung, die ihr und ihren Hintermännern nicht zusagt, so bleibt doch bestehen die Bewertung dieser amtlichen Verbrechen durch die Berliner Pressevereinerung und die gewiß nicht uninteressante Frage, aus welchen Mitteln diese Propaganda bestritten wird.

In einer Betrachtung über die verfassungsmäßige badische Bundesratsaffäre greift das Mannheimer Reichsorgan den ersten badischen Staatsminister auf das heftigste an, nennt ihn unfähig und einen Mann, der die besten Gelegenheiten verpasse, und warum erfolge dieser Bruch mit dem Bürgerfrieden einem Minister gegenüber, unter dessen Leitung doch die gerade von der Mannheimer Volksstimme so sehr verherrlichte Großblodpolitik gemacht worden ist? Nun, weil er Herr Kolb nicht vor allem Volk in die Arme gestürzt ist, als dieser sich feierlichst zur Monarchie bekannt hatte, indem er sagte:

Das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Monarchie hat eine Wendung zu verzeichnen. Wir sind bereit, uns zur Monarchie auf den Boden des modus vivendi zu stellen. Wenn wir bereit sind, mit der Monarchie zu arbeiten, so geschieht das, um eine Grundlage zu schaffen zur Sicherung des Staatswesens. Die Monarchie muß aber auch bereit sein, auf Privilegien zu verzichten. Ich glaube, das wäre für die deutschen Monarchen kein Schaden. Die deutsche Monarchie wird um so fester im Sattel sitzen, je tiefer sie im Volke Wurzel faßt. Aufgedrückt muß aber werden mit dem feudalen Schimmer, mit dem sich die Monarchie umgeben haben. Es wäre gut, wenn die Monarchie mehr mit den bürgerlichen Elementen in Verbindung käme, dann würden viele Mißverständnisse zwischen Volk und Monarchie beseitigt.

Hierzu sagt nun das Mannheimer Blatt: Hatte ein Sozialist dem Revolver einer monarchischen Regierung das Eintreten auf den Boden gemeinsamer Zusammenarbeit als ein Ausbrennen der inneren Verhältnisse je einmal schmerzhaft, als es Kolb Herrn v. Duff gegenüber tat mit seinen Ausführungen über den modus vivendi, den er für die Beziehungen zwischen seiner Partei und der Monarchie vorschlug? Und mußte der Mann der Regierung nicht gerade in die ihm dargebotene Hand einschlagen, von der er wußte, daß ihr Ausstreifen gerade nach dieser Richtung ein hartes Opfer der Selbstüberwindung bedeutete?

Die aus diesen Zeilen sprechende Wut ist zu begreifen, denn man muß annehmen, daß dem Kritikerschreiber die Erkenntnis dafür gekommen ist, daß weder für ihn noch für seinen Freund Kolb ein Ministerstuhl frei wird, solange Herr von Duff an der Spitze der badischen Regierung steht. Man stelle sich vor, was es in der ganzen Welt bedeuten würde, wenn von den 20 deutschen Bundesstaaten Baden mit dem ersten — wenn auch durch und durch monarchischen — sozialdemokratischen Minister paraderen könnte!

In Mecklenburg, dem idealen Lande der Großgrundbesitzer, läuft auch so etwas wie eine Verfassungsreform, über deren Art und Umfang sich die dortige Regierung von den Honoratoren des Landes Instruktionen eingeholt hat. Die Arbeiter waren bei diesen Vorbesprechungen natürlich ausgeschlossen. Drei Tage hat man in Schwerin gefessen. Und das Ergebnis? Eine größere Anzahl der Honoratoren trat ein für ein allgemeines, aber abgestuftes und berufständisches Wahlrecht, andre für ein direktes und geheimes Wahlrecht mit Pluralwahl und nur wenige für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts. Und so erklärte sich dann der Staatsminister Dr. Langfeld mit dem Ergebnis der Besprechung voll befriedigt. Die Regierung beabsichtigt auf Grund der Besprechungen eine neue Verfassungsvorlage auszuarbeiten. Wie diese Vorlage beschaffen sein wird, mag man an dem Hinweis der Regierung ermessen, eine Verständigung mit den Ständen sei notwendig, wobei nicht auf Erreichung aller Wünsche gerechnet werden könnte.

Was demnach die mecklenburgische Wahlreform dem mecklenburgischen Volke bescheren wird, kann man sich lebhaft vorstellen.

## Der Krieg zur See.

### Ein Torpedomotorboot versenkt.

Breslin, 20. Juni. (Amstsch.) Vor der holländischen Küste wurden am 10. Juni früh drei feindliche Flugzeuge von unseren Beschützern abgeschossen. Ferner wurde nördlich Dänemarks ein englisches Torpedomotorboot von unseren Vorpostenkreuzern versenkt.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

### 31500 Tonnen versenkt.

Berlin, 21. Juni. (Amstsch.) Neue U-Boots-Gesolge im Englischen Kanal. 31500 Br.-Met.-T. Unter den versenkten Schiffen befand sich der englische Tiefseebooter früher deutsche Dampfer Waga, ein belandener englischer Dampfer von Größe und Aussehen des Knight Companion, 7241 Br.-Met.-T., ein italienischer bewaffneter Dampfer mit 4000 T. Kohle, der französische Segler Ugonzeu mit einer Ladung Mehl nach England, ferner ein großer unbekannter bewaffneter Dampfer, ein Dampfer von mindestens 5000 Br.-Met.-T. und zwei große Tiefseeboote versenkt wurden. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

## Bermischte Kriegsnachrichten.

Der amerikanisch-japanische Zwischenfall beigelegt. Rotterdam, 20. Juni. (W. Z. V.) Der Neueu Rotterdamsehe Contract macht aus Neuyork: Man spricht den Zwischenfall mit Japan als erledigt und das Mißverständnis als aufgelöst.

Die Blockade gegen Griechenland zurückgezogen. Genf, 21. Juni. Das Amtsblatt der französischen Republik hat eine Erklärung veröffentlicht, wonach die am 18. Dezember 1910 über die Küste Griechenlands verhängte Blockade am 18. Juni 1917 aufgehoben ist. (Frankfurter Zeitung.)

## Deutschland.

### Papierbeschränkungen und Preiserhöhungen.

Verleger und Drucker von Zeitungen, die auf maschinengaltem, holzfreiem Druckpapier gedruckt werden, dürfen nach einer neuen, im Reichsgesetzblatt veröffentlichten Verordnung vom 1. Juli bis zum 30. September 1917 solches Papier nur in den Mengen beziehen und verbrauchen, die für sie von der Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungs- und Druckgewerbe in Berlin festgesetzt werden. Die Zeitungen erhalten je nach der Größe Einschränkungen von mindestens 11 Prozent (Zeitungen bis zu 200 Quadratmeter), bis zu 45 Prozent (Zeitungen über 1000 Quadratmeter) der von ihnen im Jahre 1915 verbrauchten Papiermengen. — Wer diesen Anordnungen zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

120 württembergische Zeitungen beschließen angesichts der andauernden ungünstigen Verhältnisse, insbesondere auch der Schwierigkeiten auf dem Papiermarkt wegen, eine Bezugspreiserhöhung vom 1. Juli an.

## Oesterreich-Ungarn.

### Berhandlungen mit den Varielen.

Wien, 20. Juni. (W. Z. V.) Den Abendblättern zufolge schloß Ministerpräsident Graf Lammasch heute vormittag die Verhandlungen mit den Varielen gemäß dem vom Kaiser erhaltenen Auftrage zur Umbildung des Kabinetts fort. Der Ministerpräsident hatte vormittags eine zweistündige Besprechung mit den Vollenführern, die nachmittags fortgesetzt wird. Man nimmt an, daß die Ueberbrückung der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vollen und der Regierung gelingen wird. Wie verlautet, gelten die Verhandlungen des Kabinettschefs dem Ziele, durch die Umbildung des Kabinetts sein Profil zu zeigen, sondern ein endgültiges Ministerium zu schaffen, das nicht nur das kleine Arbeitsprogramm der Sommertagung zu erledigen, sondern über den Sommer hinaus ein Programm für den zukünftigen Herbst in Oesterreich fertigstellen hätte. Dies wird in Zusammenhang gebracht mit dem in letzter Zeit aufgetauchten Plan der Schaffung von mehreren Landesministerien ohne Portefeuille oder von Staatssekretariaten.

Wien, 20. Juni. (W. Z. V.) Ministerpräsident Graf Lammasch hatte im Laufe des Tages Besprechungen mit den Vertretern der Polen, Südslawen, Rumänen, Unio Letina und der Tschechen.

### Die Zensur in Ungarn.

Die ungarische Presse leidet ebenso wie die deutsche unter den Bestimmungen des Kriegszustandes. Sie hat deshalb der Regierung Wünsche auf Nachprüfung des Prozeszes und der Schwurgerichte unterbreitet, die der Justizminister Wassonyi am Dienstag im „Budapester Journalistenverein“ besprach. Sowie regelmäßige Besprechungen einträte, würden die Wünsche berücksichtigt. Was die Zensur betreffe, so könne während des Krieges die Presse allerdings nicht volle Freiheit genießen, wie dies in Friedenszeiten gewesen sei. Aber es sei keine Ueberzeugung, daß, wenn auch keine Zensur bestände, die Vaterlandsliebe und der Ernst der Presse sich selbst jene Schranken setzen würden, welche durch den Krieg gefordert werden. Mit anderen Worten: Es ginge wohl ohne Zensur, aber — es geht doch nicht! — Die ungarischen (österreichischen) Journalisten spendeten gleichwohl dem Justizminister lebhaften Beifall.

## Frankreich.

### Ein Unterstaatssekretär für Lebensmittelversorgung.

Paris, 20. Juni. (W. Z. V.) Bei der Erörterung über die Lebensmittelversorgung kandidierte Ribot in der Kammer die Ernennung des jetzigen Unterstaatssekretärs im Munitionsdienstern Coucheur zum Unterstaatssekretär für Lebensmittelversorgung an.

## Großbritannien.

### Das Frauenstimmrecht kommt.

London, 20. Juni. Unterhaus. Bei der Besprechung der Wahlreformvorlage nahm das Haus mit 385 gegen 55 Stimmen den Grundsat für Frauenstimmrecht an.

## Griechenland.

### Die Umgestaltung des Kabinetts.

Athen, 20. Juni. (Neuter.) Verhandlungen zwischen Zaimis und dem Venizelistenführer Repulis wegen Aufnahme eines oder zweier Venizelisten in das Kabinett haben begonnen. Die übrigen Minister haben sich verpflichtet, jedes von Zaimis getroffene Abkommen anzunehmen.

### Widerstand eines Generals.

Athen, 17. Juni. (Neutermeldung.) Vom Peloponnes kommt die vorläufig noch unbestätigte Nachricht, daß General Papoulas sich weigerte, die neue Regierung anzuerkennen und an die Erziehung einer eigenen Regierung für den Peloponnes dachte.

## Rundbesuchen gegen Konstantin.

Bern, 20. Juni. (W. Z. V.) Gestern abend fanden in Lugano Rundbesuche gegen den König von Griechenland statt, wobei es zu 24 Klümpchen gegen den König gekommen zu sein scheint. Der König mußte in ein Café flüchten und wurde von dort durch den Präfecten der Stadt unter Bedeckung von Soldaten und Volkspolizisten in das Palasthotel begleitet.

Anfänger der Unruhen ist ein Italiener verhaftet worden. Eine Untersuchung ist im Gange.

## China.

### Widerstand gegen die Auflösung des Parlaments.

Peking, 20. Juni. (Sondermeldung.) Der Präsident ordnete die Auflösung des Parlaments an, aber Wulingfang, der einseitige Premierminister, weigerte sich, den Befehl auszuführen, indem er das Vorgehen des Präsidenten für verfassungswidrig erklärte. Wulingfang, der zum Premierminister ernannt war, es aber ablehnte, dies Amt anzunehmen, verweigerte gleichfalls die Ausführung des Befehls. Wulingfang hat seine Entlassung eingereicht.

## Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 20. Juni. Amstsch. (W. Z. V.) Westlicher Kriegsschauplatz. Kronprinz Rupprecht von Bayern.

Zwischen Pizer und Vys nahen besonders am Abend der Kräftelebenskampf an einzelnen Abschnitten große Heftigkeit an.

Nach vom V. B. Kasse. Kanal bis zur Scarpe war zeitweilig die Feuerartigkeit lebhaft.

Südwärts von V. B. griffen die Engländer auf dem Nordufer des Souchez-Baches an. Auf den Höhen wurden sie abgewiesen, in der Mitte gelang ihnen ein Einbruch in unsere vorderen Gräben. Durch kräftigen Gegenstoß wurde verhindert, daß schnell nachgezogene englische Kräfte ihren Erfolg erweiterten.

Im Vorfeld unserer Stellungen nördlich von St. Quentin kam es zu Zusammenstößen unserer Vollen mit englischen Einzelabteilungen, die in unserm Feuer weichen mußten.

### Seeresgruppe Kronprinz.

König der Risne nur kleinenwe aufstrebendes Geschwader. In der westlichen Champagne wurde durch kräftigen Gegenangriff eines märkischen Regiments der größte Teil des Geländes zurückgewonnen, das am 18. A. südwestlich des Hochberges an die Franzosen verloren gegangen war.

Au den übrigen Fronten hat sich bei der gewöhnlichen Grabenkampftätigkeit nichts Besonderes ereignet.

Der Erste-Generalkvartiermeister: Ludendorff.

Berlin, 20. Juni, abends. Amstsch.

Im Westen lebhafteste Geschichtigkeit nur bei Baugelien, nordöstlich von Gollschon.

Rom Osten nichts Neues.

An der Struma Vorpostenschermähel.

## Der österreichische Tagesbericht.

Wien, 20. Juni. Amstsch. wird verlaubert:

Ostlicher und Südrlicher Kriegsschauplatz. Unverändert.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Nach vierundzwanzigstündiger Artillerievorbereitung setzte gestern früh auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden der italienische Infanterieangriff ein, der namentlich am Nordflügel, im Bereiche des Monte Iorno und des Grenzgebietes mit größtem Kraftaufgebot geführt wird. Unsere Truppen brachten alle Anstürme des Feindes in heroischer Abwehr zum Scheitern. Ein dreifacher Erfolg, der dem Italiener im Gebiet der Gima Diele einige hundert Schritte Raumgewinn eintrug, wurde durch Gegenangriff zum größten Teil wieder weit gemacht. Am Isonzo nichts von Belang.

Der Chef des Generalstabes.

## Gewerkschaftsbewegung.

Austritt der Leipziger Tabakarbeiter aus dem Gewerkschaftskartell. Uns wird mitgeteilt:

In einer am 17. Juni abgehaltenen Versammlung der Tabakarbeiter wurde der Austritt der Tabakarbeiter aus dem Kartell mittels Stimmzettels mit 17 gegen 7 Stimmen beschlossen, und zwar trotzdem der Vorstehende Wufch zwei Redner aus Dresden hatte kommen lassen, den Gauleiter Franz und die Mehrheitsrednerin Schilling. Die Versammlung ließ sich von den beiden nicht beeinflussen, auch das Votumittel der Ost- und Gewerkschaftsvorstellung zog nicht. Die Tabakarbeiter wollen mit den Sozialpatronen eben nichts mehr zu tun haben und wünschen, daß diese im Kartell bald allein sitzen.

## Aus der Partei.

### Die Wahlkreisreform für Wehr-Altenteiligen

Beschloß einstimmig den Anschluß an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, gemäß dem Wort, das bereits vor Wofha von den Kreisvertrauensleuten und Ortskämmlern abgegeben wurde. Der Kreis zählte vor dem Krieg über 800 Parteimitglieder. Der Oberheftischen Volkszeitung und der Frankfurter Volksstimme wurde von der Kreisreform der Charakter eines Parteiblattes aberkannt, dafür die Leipziger Volkszeitung und das Berliner Mitteilungsblatt empfohlen. Ferner beschloß die Konferenz eine Gymnastikübung für die Genossen Zeitin.

## Von Nah und Fern.

### Eisenbahnunfall.

Brandenburg, 20. Juni. Amstsch. Meldung. Elßgüterzug 8040 fuhr heute nacht infolge Ueberfahrens des Einfahrsignals auf Bahnhof Gernitz auf eine Rangierabteilung, wobei drei Lokomotiven und fünf Wagen entgleiteten. Der Lokomotivführer und der Fahrer des Eisenzugs wurden getötet. Hauptgleise sind voraussichtlich bis heute abend gesperrt. Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten. Vollzüge werden über Götterglück umgeleitet.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Alfred Herr, Leipzig.

Verantwortlich für den Ankeranteil:

Kug. Lehmann Leipzig

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft

Diese Nummer umfaßt 4 Seiten.

**Volkshaus** Spezialgerichte für heute: Graupen m. Pilze oder Rindfleisch und Stangenspargel mit rohem Schinken. — Freitag: Linsen und Röhrei mit grünem Salat.



Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 21. Juni.

Geschichtskalender. 21. Juni 1798: Der Literaturhistoriker Wolfgang Menzel in Waldenburg geboren († 1873). 1904: Der Dichter Gabriel Seidl in Wien geboren († 1875). 1819: Der Komponist Jacques Offenbach in Köln geboren († 1880). 1826: Der Physiker und Meteorologe Georg v. Neumayer in Kirchhain geboren († 1908). 1914: Die Schriftstellerin Vera v. Sutner in Wien gestorben (\* 1848).

Sonnenaufgang: 4,30, Sonnenuntergang: 9,24.
Mondaufgang: 6,21 vorm., Monduntergang: 10,41 nachm.

Aus dem Stadtparlament.

Immer mehr lichten sich die Reihen der Stadtväter, die ihre geschätzte Kraft dem Gemeinwohl weihen, gestern wiesen die Bauarbeiten besonders große Mühen auf. Über die alte Gepflogenheit, bei unwichtigen Dingen Redeleser zu zeigen, schlen gestern auch gelbt werden zu sollen. Die Rabelarbeitenlehre fordern, ach nein, sie bitten, in einer Eingabe, die Stadt solle ihnen das Wohnungsgeld von 400 auf 500 Mk. erhöhen, sie hätten eigentlich auf diese Erhöhung geschlicht Anspruch. Was, geschlicht Anspruch? Nein, davon kann keine Rede sein, meinte der Delegiert des städtischen Schulamts. Im Ausschuss sollte er es durch, daß die Eingabe dem Rat nur zur Erwägung überwiesen werden sollte. Der Referent, Herr Diekmann, verfocht nun mit Nachdruck seinen im Ausschuss abgelehnten Antrag auf Berücksichtigung, wobei ihm Dr. Kund von der juristischen Seite sekundierte; er erreichte denn auch, daß sein Antrag gegen 11 Stimmen angenommen wurde.

Die Pachtverlängerung mit der Centraltheatergesellschaft führte zu keiner Aussprache, obwohl die Gegner der Operntheaterkultur eigentlich Gelegenheit gehabt hätten, ihre Gegnerschaft zu betätigen. Es ist anerkennenswert, daß der Referent offen erklärte, es handle sich bei der Pachtverlängerung in der Hauptsache um den Profit, der mit dem Operntheaterbetrieb gemacht werde, und daß er nicht, wie es bei solchen Fällen geschieht, den Zweck durch ein Mantelchen verdeckte. Die Vertragsdauer soll bis 1924 verlängert werden zu dem bisher gezahlten Pachtzins von 80 000 Mk. Selbst die Erhöhung der Eintrittspreise hat die kunstbegeisterten Operntheaterbesucher nicht abgelehrt. Die Einnahmen steigen, wie der Bericht ausdrücklich sagt, fortgesetzt.

Auch bei den geforderten Summen der städtischen Kleider-Verwertungsgesellschaft gab es keine Aussprache, obwohl hier scharfe gegenläufige Meinungen vorhanden sind. Es sollten in zwei Teilen 1 1/2 Mill. Mark zum Geschäftsbetrieb bewilligt werden, eine halbe Million zum Kauf von Schuhen und eine Million zum Kauf von andern Waren. Die erste halbe Million wurde statt bewilligt, weil der Kaufabschluß drängt, auch gegen die Bewilligung der Million bestanden keine grundsätzlichen Bedenken, nur bill die Mehrheit des Kollegiums, daß das Verlangen der Gesellschaft erfüllt wird, wonach sie, statt sich um Darlehen an die Stadtkasse wenden zu müssen, eigenen Bankkredit in Anspruch nehmen kann. Mit dem eigenen Bankkredit ist es nun freilich so eine Sache. Den erhält die Gesellschaft nur, wenn die Stadt die Sicherheit dafür übernimmt. Nun sagen die Beschwörer der Erneuerung, die Stadt sei ihrerseits gesichert, weil drei Stadträte, drei Stadtverordnete und Stadtrat Dr. Merkel als Kommissar in der Verwaltung der Gesellschaft vertreten seien. Das Kollegium hat gegen 15 Stimmen im Sinne des Kaufabschlusses beschloffen.

Zu Beginn der Sitzung wurden die Wahlen zum Wahlausschuß für die Stadtverordnetenwahlen und zum Ausschuss für den Arbeitsnachweis der Stadt Leipzig vorgenommen. Da im Stadtverordneten-Parlament die Parteien der Polen und der Russen sitzen, haben sie es mit Hilfe der bürgerlichen Vertreter durchgesetzt, daß nicht der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion, sondern der bürgerliche Herr Pollender gewählt wurde, außerdem wurde vom sozialpatriotischen Klub noch Herr Wylan hineingeschmuggelt. In den Arbeitsnachweis ließ sich Herr Nittich, Herr Sängelaub und Frau Richter wählen. Es wäre interessant, zu erfahren, welche Organisationen, das heißt Mitgliederveranstaltungen, die Genannten zu dem Amte vorgeschlagen haben. Oder haben sie sich dem Rate selber vorgeschlagen? Ueber das Verhalten der bürgerlichen Vertreter zur sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion wird selbstverständlich die Folgerung gezogen werden.

Was kostet die Zeitung?

I. Die Herstellungskosten der Zeitungen sehen sich zusammen aus den Kosten für die Redaktion und aus den Druckkosten mit allem was drum und dran hängt. Die Redaktionskosten einer großen Zeitung sind sehr hoch. Der Nachrichtendienst, Telephon, Depeschendienst usw. Dazu kommen die Ausgaben für Redakteure, Mitarbeiter, usw. Die gesamten Redaktionskosten sind bei den großen Zeitungen viel höher als die Einnahmen aus dem Bezugspreis der Zeitungen. Die politischen Nachrichten, Artikel usw., die der Zeitungslieferer vom Zeitungsverleger mit dem Bezugspreis kauft, kosten dem Verleger meist mehr als der Bezugspreis ausmacht. Der Zeitungslieferer dieser großen Zeitungen bekommt also vom Verleger ein Geschenk. Wie hoch dieses Geschenk ist, darüber hat Herr Bachem, der Verleger der Kölnischen Volkszeitung (Zentrumsblatt), in einem Vortrage vor dem Kriege folgende interessante Angaben gemacht:

Bei einer großen bayrischen Zeitung übertrifft der Herstellungspreis des redaktionellen Teiles den Abonnementspreis um 52,00 Proz., bei einer der bedeutendsten Stuttgarter Zeitungen um 60,5 Proz., bei einem der bekanntesten Blätter der Hansestädte (Hamburger Fremdenblatt) um 58,01 Proz., bei einer der bedeutendsten Provinzialzeitungen des Ostens um 27,5 Proz., bei der Kölnischen Volkszeitung um 60,02 Proz. Der Satz sei sich gar nicht bewußt, daß dasjenige, was ihm vom Verleger gegen das Entgelt des Abonnementspreises geliefert werde, in der Herstellung ganz erheblich höhere Aufwendungen erfordere, als der Betrag, den der Verleger im Abonnementspreis vereinnehme, so daß der Verleger tatsächlich einen viel höheren Wert dem Abonnenten liefert, als dieser bezahlt. Die vorhin mitgeteilten Ziffern zeigten ja, daß z. B. der Verlag der erwähnten Zeitung von der Nordsee (gemeint ist das Hamburger Fremdenblatt) jedem seiner Bezahler einen Wert von 0,45 Mark zum Herstellungspreis gerechnet, liefere, aber nur ein Entgelt

von 0 Mark dafür fordere und natürlich auch erhalte. Die entsprechenden Ziffern bei der Kölnischen Volkszeitung seien 0 Mark Bezugspreis und 0,80 Mk. Selbstkostenpreis für den Bezahler. Hierbei sei zu berücksichtigen, daß diese Werte für das Quartal gelten, also für das Jahr vervierfacht werden müßten. Vom Verlegerstandpunkte aus müßten aber bei den angezogenen Blättern die Jahreswerte mit mehreren Zehntausend multipliziert werden, um den Betrag zu erhalten, der aus dem Ertrag des Anzeigenteils zu beschaffen werden müßte, um den redaktionellen Teil zu bezahlen.

Herr Bachem versteht sich auf das Geschäft, man kann also seinen Angaben vertrauen. Nach diesen Angaben muß der Zeitungsteil die Unkosten des redaktionellen Teils decken. Der Anzeigenteil muß aber außerdem noch den Profit des Verlegers bringen. Hier tritt uns unverkennbar die Abhängigkeit der Zeitungen vom Anzeigenteile entgegen. Da der bürgerliche Zeitungsverleger Geld verdienen will, so muß er selbstverständlich die Geldquellen, eben die Anzeigeneinnahmen, besonders pflegen. Er sorgt dafür, daß diese Geldquellen nicht verschüttet werden und nimmt deshalb alle Rücksicht auf die großen Anzeigen. Daraus erklärt sich die Weithergigkeit, mit der die großen bürgerlichen Zeitungen bei der Aufnahme von Anzeigen verfahren. Daraus ergibt sich aber auch die Rückwirkung auf den redaktionellen Teil der Zeitung. Der redaktionelle Teil dieser Zeitungen wird gleichgültig der geschäftlichen Reflexe dienlich gemacht; außerdem wird auch sonst auf einflussreiche kapitalistische Kreise die größte Rücksicht genommen. Daher darf der Redakteur einer großen bürgerlichen Zeitung nur in der vorläufigsten Form an öffentlichen Mängeln Kritik üben, er darf nicht schreiben, was das kapitalistische Interesse verleiht. Und diesen Grunde kann man auch von der bürgerlichen Zeitung nicht erwarten, daß sie sich rücksichtslos der Interessen der Arbeiter annimmt. Das Verlegerinteresse entscheidet die Haltung der bürgerlichen Zeitung und daher sehen wir auch, daß immer dann, wenn im öffentlichen Leben die Interessen der Arbeiter mit denen einflussreicher Kapitalistenkreise aufeinanderstoßen, die bürgerlichen Zeitungen sich auf die Seite der Kapitalisten stellen. Wer könnte wohl auch von einem kapitalistischen Verleger erwarten, daß er, um die Interessen der Arbeiter zu wahren, sein Verlegerkapital riskieren würde? Den verderblichen Einfluß, den das Anzeigenteile auf die bürgerliche Presse ausübt, hat schon Lassalle in seinem 1863 gehaltenen Vortrag über die Presse dargestellt. Er wollte, daß das Anzeigenteile völlig losgelöst werde von den politischen Zeitungen. Dabei hatten die Annoncen zu Zeiten Lassalles auch nicht entfernt den Umfang und die Bedeutung für das Zeitungswesen wie heute.

Die Einstellung der öffentlichen Straßenbeleuchtung

soweit sie durch Gas erfolgt, soll ebenso wie in Dresden, Hamburg und Stuttgart nunmehr auch in Leipzig vorgenommen werden. Der Grund liegt in der durch die Verhältnisse gegebenen Notwendigkeit zu sparsamem Verbrauch von Kohlen und in dem sich gegenwärtig stark geltend machenden Mangel an Arbeitskräften. Schon bisher hat daher nur mit großer Mühe die Gas erzeugung dem Verbrauch angepasst werden können. Mit der bevorstehenden Abnahme der Tage und allmählichen Zunahme der Ansprüche an die Gaswerke wird eine Einschränkung des Verbrauchs nicht zu umgehen sein. An die Einwohner unserer Stadt richtet deswegen der Rat erneut die dringende Mahnung, die größte Einschränkung im Verbrauch von Gas, sich selbst zu machen.

Lebensmittelliste für Freitag, den 22. Juni.

- Für Haushaltungen. Anmeldung: Butter oder Schmalz — abzugeben 12 E, K, S der Lebensmittelliste 10, 1, Besuchs- und Sondermarken für 20. Juni bis 2. Juli.
Ausgabe: Butter oder Schmalz: bestellt mit 11 E, K, S der Lebensmittelliste 10, 1, Besuchs- und Sondermarken für 19. bis 25. Juni.
Eier: Beginn — bestellt mit rosa (zwei Eier) und grünen Marken 0 7.
Graupen: Beginn — bestellt mit 6 E, K, S der Lebensmittelliste 10, 1 (ein halbes Pfund) und Fleischmarkenstücken N 1—4 (ein Viertelpfund).
Getrocknete Milben: bestellt mit 7 E, K, S der Lebensmittelliste 10, 1 (ein halbes Pfund).
Griech: Beginn — bestellt mit 8 E, K, S der Lebensmittelliste 10, 1 (ein halbes Pfund, ein Pfund, zwei Pfund).
Für Händler. Runkelholz: Warenausgabe Noscherstraße 9/13, vormittags 8 und 12, nachmittags 5.

Warnung vor einem Brotmarkendieb. In letzter Zeit ist es mehrfach vorgekommen, daß in Geschäften hiesiger Stadt, in denen Brot verkauft wird, ein Mann erschienen ist, der sich als Beamter der Wohlfahrts-Polizei ausgegeben und die vereinnahmten Brotmarken nachgeschickt hat. Es handelt sich um einen Betrüger, der sich fälschlicherweise als Beamter ausgibt und die Marken nur vorlegen läßt, um solche zu entwenden. Um sich vor Schaden zu schützen, müssen die in Frage kommenden Geschäftsinhaber sich in allen Fällen, in denen durch Beamte in Zivil Nachprüfungen vorgenommen werden, vorher die Ausweiskarte, die jeder Beamte bei sich führen muß, vorlegen lassen und genau prüfen, ob es sich wirklich um einen Beamten handelt.

Wert der Kartoffel- und Sondernahrungsmittelmarke in der Woche vom 19. bis 25. Juni. Es dürfen abgegeben und entnommen werden: auf die linke Hälfte der Kartoffelmarke mit dem schwarzen Aufdruck 7 1/2 Pfd. Kartoffeln, auf die rechte Hälfte der Kartoffelmarke mit dem roten Aufdruck 7 1/2 Pfd. Brot; auf die linke Hälfte der weißen Sondernahrungsmittelmarke mit dem schwarzen Aufdruck 8 1/2 Pfd. Brot, auf die rechte Hälfte der weißen Sondernahrungsmittelmarke mit dem roten Aufdruck 8 7/8 Gramm Weizenmehl. Die Brot- und Mehlmarken der allgemeinen Brotkarte sowie die Brotzusatzmarke behalten ihren aufgedruckten Wert. Ein Schmarbeiter kann demnach entnehmen auf die 3 Brotmarken der allgemeinen Brotkarte 3 Pfd. Brot und je 1 Pfd. Brot auf die Zusatzbrotmarke, auf die rechte Hälfte der Sondernahrungsmittelmarke und auf die rechte Hälfte der Kartoffelmarke, insgesamt also 8 Pfd. Brot. Dazu kommen noch 50 Gramm Mehl auf die Wehlmarke der allgemeinen Brotkarte und 75 Gramm Mehl auf die rechte Hälfte der Sondernahrungsmittelmarke. Schwerstarbeiter erhalten daneben noch die Schwerstarbeiterzulage von 2 Pfd. Brot.

Wirtschaftliches Wochenblatt. Der Verein für Kindervollständigung und Volkshilfswesen Berlin E. V. (begründet 1898), Vorsitzender Hermann Abraham, Berlin W., Schaperstraße 24, unterhält in Berlin 80 Mittelstands-, Beamten- und Guppeligen. Gestützt auf seine Erfahrungen und umfangreichen Arbeiten auf dem Gebiet der Volkshilfswesen in Groß-Berlin, gibt er ein Wirtschaftliches Wochenblatt heraus, das er sämtlichen Magistraten Deutschlands, Volkshilfswesen, Mittelständlichen usw. allwöchentlich unentgeltlich zuzusenden bereit ist.

Strassenbahnverleth nach den Friedhöfen. Mit Rücksicht auf die Kriegsumstände ist es diesmal, wie die Große Leipziger Strassenbahn mittel, nicht möglich, den Wagenverkehr auf der P-Linie am Johannisberge und am Tage vorher nach den Friedhöfen in derselben Weise zu verstärken, wie in früheren Jahren. Die Fahr

gäfte werden deshalb gut tun, sich der neuen Verbindung nach den Friedhöfen, die durch die B-Linie geboten wird, zu bedienen, worauf wir im Interesse unserer Leser schon heute aufmerksam machen. An beiden Tagen wird außerdem die Linie G im Zuge der Schönbachstraße nach dem Südfriedhofeingang in der Preußenstraße verkehren.

Verlegung von Haltestellen. Die Haltestellen an der Plichtensteiner und Prinz-Eugen-Straße werden am 22. Juni eingezogen und an deren Stelle nördlich der Eisenbahnbrücke eine neue errichtet. Der Wagenwechsel zwischen Linie C und D ist an der Haltestelle Probstheider Straße vorzunehmen. — Die bisherigen Haltestellen im Windmühlenweg werden entfernt und hierfür neue an der Johannisallee in den Fahrtrichtungen vor der Strassenkreuzung, an der Annestraße, der Bücherei und der Reichenhainer-Kriegelstraße angebracht.

50-Pfennig-Stücke aus Zink. Die Handelskammer Berlin hatte den Vorschlag gemacht, für das ganze Reich 50-Pfennig-Stücke auszugeben. Das Reichsbankdirektorium hat aber diesen Vorschlag abgelehnt und beim Staatssekretär des Reichsschatzamtes die Ausprägung eines 50-Pfennig-Stückes aus Zink angeregt.

Ueber das Einmachen der Gemüse, die zur Zeit auf dem Markte erscheinen, findet als Fortsetzung des Lehrgangs für hauswirtschaftliche Doh- und Gemüseverwertung am Freitag, dem 23. Juni, nachmittags 4 Uhr, ein Vortrag im großen Saale des Palmengartens statt.

In den 17 städtischen Speiseanstalten belief sich in der Woche vom 11. bis 18. Juni die Speiseabgabe auf rund 74 700 Maßgelten gegenüber rund 72 700 in der Woche zuvor.

Genauere Bezeichnung der Postbestellbezirke. Die Leipziger Postverwaltung macht bekannt, daß es zur Befehlseitung der gesamten Postbestellung notwendig ist, in der Aufschrift der Postsendungen den Namen des Bestellbezirks anzugeben. Während des Krieges muß sich die Postverwaltung mit vielen ungeschickten Kräften behelfen, deshalb ist eine sorgfältige Aufschrift nötig. Bezeichnungen der Bestellbezirke sind im Postbuche enthalten, auch für 10 Pfg. beim Briefträger käuflich.

Kriegserwitwen im Postdienst. Das Reichspostamt macht bekannt, daß Kriegserwitwen als Post- oder Telegraphengehilfen zur dauernden Verwendung einstellt werden. In Ausnahmefällen werden auch nicht kinderlose Witwen und solche, die die Altersgrenze von 30 Jahren um ein geringes überschritten haben, eingestellt. Bei den Postämtern 3. Klasse werden Witwen als Kartenverkäuferinnen und Postagentinnen dauernd verwandt.

Anträge auf Nachsendung der Postfächer und Zeitungen dürfen nicht den Briefträgern mündlich gemacht werden, sondern man soll diese schriftlich einreichen. Formulare hierzu sind an den Schalterstellen zu haben. Für die auf der Post bezogenen Zeitungen muß eine besondere Gebühr bezahlt werden, wenn die Blätter nach dem neuen Aufenthaltsorte überwiesen werden sollen.

Die Unterhaltungsabende im Volkshause. Die Verwaltung des Volkshauses hat in ihrem großen Garten eine Sommerbühne errichtet, auf der am Freitag und am Sonnabend eine Dresdener Sängergesellschaft ein Konzert geben wird.

Zur Anmeldung von Kartoffeln darf seit einiger Zeit, wie bereits mehrfach mitgeteilt worden ist, nur die linke Hälfte je einer Kartoffelmarke mit dem schwarzen Aufdruck abgegeben werden, während auf die rechte Hälfte mit dem roten Aufdruck als Ersatz für ausbleibende Kartoffeln Brot herbeigeholt werden. Kartoffelhändler, die irrtümlich ihren Kunden gleichzeitig beide Hälften einer Kartoffelmarke abgegeben haben, werden darauf hingewiesen, daß sie verpflichtet sind, den Beträgern die rechte Hälfte mit dem roten Aufdruck zurückzugeben.

Knochen- und Kleinfleischverkauf auf dem Schlachthofe. Freitag, den 22. Juni, früh: von 8—10 Uhr Nr. 64001 bis 64600; von 10—11 Uhr nur für Verkäufer; von 11—12 Uhr Nr. 64501 bis 65000. Passendes Kleingeld und vier Fleischmarken N sind mitzubringen.

Die Firma Augustin verkauft heute Rindsknochen an die Nummern von 90501 bis 91000.

Freibank I (heute) Nr. 7931 bis 8525 und Nr. 1 bis 800; Freibank II Nr. 3446 bis 4095.

Polizeinrichten.

Bauholz- und Werkzeugdiebstahl. Von einem an der Großschichtstraße, Nähe Windmühlenweg, gelegenen mangelhaft beaufsichtigten Lagerplatzes eines im Felde befindlichen Baumleisters sind in der Zeit vom September 1916 bis zum 7. Juni 1917 Steinhammer, Schrotsägen, Hacken, Spaten und Viehflannen aus einer Baubude gestohlen worden. Außerdem fehlen vom Plage eine Menge Bretter, Stempelhölzer, Posten und Schloßriegel im Gesamtwerte von 300 bis 400 Mk. Der Eigentümer vermutet, daß das Holz zum Bauen von Latzen verwendet worden ist. Einweise zur Ermittlung des Täters und der gestohlenen Gegenstände erbittet die Kriminalpolizei.

In Verwahrung der Polizei befinden sich seit dem 13. Juni ein erdbeerscharbes Plüschsofa und ein Sessel gleicher Farbe, sowie ein ungeschickter vierradriger Handwagen. Die zuerst genannten Gegenstände sind vermutlich an eine falsche Adresse abgeliefert worden, während der Handwagen sicher von einem Diebstahl herühren dürfte; er soll einer Handelsfrau aus Leipzig-Volkmarstorf gehören. Die Eigentümer können sich bei der Kriminalpolizei melden.

Zusammenstoß. Am 20. Juni nachmittags ist am Krankenhaus St. Georg ein leichtes, zweispänniges Transportfuhrwerk mit einem Anhänger der Leipziger Elektrischen Strassenbahn zusammengestoßen. Außer einigen Dautabschürfungen, die der Fahrer durch das Herunterfallen vom Bode erlitten hat, sind Verletzungen nicht vorgekommen. Der Sachschaden ist ebenfalls gering.

Unfall. Von einem Radfahrer ist am 20. Juni vormittags in der Könnertstraße ein 10-jähriges Schulmädchen beim Ueberqueren der Fahrbahn umgerissen worden. Die nicht bedeutenden Verletzungen, die sie sich hierdurch zugezogen hat, soll sie selbst verschuldet haben.

Ladentassendieb. Am 20. Juni gegen Mittag, als die Inhaberin eines Zigarrengeschäftes in der Windmühlenstraße in einem Nebenraum das Mittagessen bereite, ist sie durch plötzliches Wütendes Anschlagens ihres hinter der Ladentafel und nicht sofort sichtbar liegenden Hundes aufmerksam gemacht, in den Laden getreten, woselbst sie einen jungen Mann hinter der Tafel angetroffen hat, der im selben Moment vom Hunde in die Wade gebissen wurde. Der junge Mensch hat sich nun vor der Verkaufstafel aufgestellt und hat 3 Stück 5-Pfg.-Zigaretten verlangt, die ihm auch von der nichts Böses ahnenden Geschäftsinhaberin gegeben worden sind, während ihm der Hund, bis er den Laden verließ, nicht von den Fersen ging. Erst später ist bemerkt worden, daß aus der Ladentafel etwa 90 Mk. in Papiergeld fehlten, die nur dieser Mensch gestohlen haben kann. Da nun zu vermuten steht, daß er dieses Manduc auch anderwärts ausführen wird, seien Ladentafeln hierüber gewarnt. Der freche Bursche wird beschriebenen als etwa 17—18 Jahre alt, 1,60 m groß, schlank mit vollem, gesundfarbigem Gesicht und blondem Haar, und ist bekleidet gewesen mit dunkelblauem Anzuge, blauer Schilmdulze und grauen Wackelgamaschen.

# Aus der Reichshauptstadt.

## Neue Haushalten.

Die bisher als Unterlage für die Lebensmittelartenverteilung dienenden Haushalten sind infolge einer Ergänzung, als in ihnen zwar der Haushaltenvorstand mit Namen, jedoch die Haushaltsmitglieder nur ihrer Zahl nach angegeben sind. Zweckmäßiger Kontrolle bei der Verteilung sollen in Zukunft alle Haushaltungen mitglieder namentlich aufgeführt werden. So hat es leichter möglich ist, Veränderungen im Haushalt (durch Fortzug, Reisen, Tod, militärische Einziehung usw.) sofort zu erfassen. Hierzu ist eine Aufnahme der ortsnaheliegenden Bevölkerung erforderlich. Diese soll am Montag, dem 25. d. M., erfolgen. Die Brotkommissionen werden zu diesem Zweck Kartenblätter an die einzelnen Haushaltungen durch Vermittlung der Haushalten oder ihrer Stellvertreter zur Verteilung bringen. Jeder Haushaltenvorstand hat die in der Nacht vom 24. zum 25. Juni im Haushalt befindlichen Personen in die ihm übergebene Liste namentlich einzutragen. Auch solche Personen, die vorübergehend abwesend sind, jedoch von ihrer Brotkommission keine Abmeldebekanntmachung erhalten haben, sind mit anzugeben. Im Kartenblatt sind zwei Gruppen unterteilt: die erste umfasst den Haushaltenvorstand und die Familienmitglieder, die ständig in der Familie verbleiben, die zweite alle sonstigen Haushaltsangehörigen (Dienstpersonal, Pensionäre, Zimmermieten, Schloßleute, im Haushalt wohnende Gewerbegehilfen und andere beim Haushaltenvorstand wohnende Personen). Die ordnungsmäßige Ausfüllung und mit der Verteilung der Richtigkeits versehenen Kartenblätter hat der Haushaltenvorstand am Montag, dem 25. Juni, seinem Hauseigentümer oder dessen Stellvertreter zu übergeben. Dieser trägt die Haushaltsvorstands seines Hauses in eine Haushaltsliste ein und übermittelt sämtliche Kartenblätter des Hauses zusammen mit der Haushaltsliste der Brotkommission. Die ordnungsmäßige Ausfüllung der Kartenblätter liegt im eigenen Interesse jedes Haushaltenvorstandes und der gesamten Bevölkerung, da die Kartenblätter in Zukunft die Unterlage für die Zuteilung sämtlicher Lebensmittelarten an den Haushalt bilden werden. Unrichtige Angaben sind überdies unter Strafe gestellt.

**Neue Erzeugerhöchstpreise für Erdbeeren.** Vom 21. bis 28. Juni gelten im Regierungskreis der Potsdamer und in der Stadt Berlin auf Grund des Beschlusses der gemeinsamen Preiskommission folgende Erzeugerhöchstpreise für Erdbeeren: 1. Erdbeeren, erste Wahl, 82 Pf. 2. Erdbeeren, zweite Wahl, 48 Pf. 3. unsortierte Erdbeeren 64 Pf. je Pfund. Im übrigen bleiben die Erzeugerhöchstpreise, wie sie am 14. und 15. Juni festgelegt worden sind, bestehen. Der Groß- und Kleinhandel wird auf die strengste Einhaltung der Höchstpreisverordnung des Magistrats vom 16. Juni 1917 hingewiesen.

**Keine Ferienfahrdienste in diesem Jahre.** Die Eisenbahndirektion Berlin wird in diesem Sommer keine Ferienfahrdienste mit Fahrpreisermäßigungen abstellen. Dagegen werden, wo es zur Abwechslung des Verkehrs erforderlich ist, Sonderzüge mit beschränkter Wagenzahl gefahren werden. Für diese Züge werden Fahrkarten nur im Vorverkauf abgegeben.

**Auf dem Reiterhof Ostbahnhof an der Paulstraße in Moabit kam am Mittwoch Grobfeuer im Speicher 34 aus, in dem Lebensmittel lagerten.** Bei Ankunft der ersten Besatzung hatte das Feuer schon eine solche Ausdehnung erlangt, daß der leitende Offizier sofort „Mittelfeuer“ an alle Häuser mitschickte. „Mittelfeuer“ wurde auf mehreren Gebäuden und mit vielen Schlauchleitungen Stundenlang gelöscht. Es kam in der Folgezeit zu einer Ausbreitung des Feuers und der reichen Kamin, die es gefahren hatte, nicht mehr verhindert werden, daß der Speicher zum größten Teil ausbrannte. Der Schaden läßt sich noch nicht überschätzen.

**Verkehrsstörungen in Sicht.** In einer Besprechung, die ein Unter-Ausschuß der Groß-Berliner Gemeindevorstände im Rathaus für Kohlenverteilung hatte, wurde der Beschluß gefaßt, dem Ausschuss zu empfehlen, sich für die Einführung von Verkehrskarten auszusprechen. Falls der Ausschuss diesen Beschluß billigen wird, sollen, wie schon gemeldet, diese Karten im Juli zur Ausgabe gelangen. Über eine Einschränkung der Warmwasser- und Zentralheizung wurden keine Beschlüsse gefaßt.

**Von der Straßenbahn überfahren und getötet.** Am Ruffeldsteindamm wurde heute vormittag ein etwa 70 Jahre alter, gutgekleideter Mann von einem Straßenbahnwagen der Linie C beim Überqueren des Bahndammes erfaßt, zu Boden geschleudert und getötet. Die Verformten des Verunglückten konnten noch nicht festgestellt werden, da er keine Ausweklapapiere bei sich hatte.

**Unter dem Verdachte des Mordmordes.** Als dringend verdächtig, den Mordmord am 2. Juni an dem Kaufmann Walter Schwandt in Berlin begangen zu haben, wurde in Pirnaisens der Kaiser Otto Gedhard verhaftet.

**Unter einer Koffelbahn begraben.** In der Kaiser-Friedrich-Straße zu Neubau kreuzte an der Gießstraße ein Kohlenwagen das Gleis und wurde von einem Wagen der Linie R gerammt. Der Koffel war so heftig, daß der Kohlenwagen auseinanderbrach und die gesamte Ladung auf den Straßenbahnführer stürzte, der, unter der Last begraben, laut um Hilfe schrie. Während man sich um den Verunglückten auf dem Boden liegenden Kohlenfüßler Sonnenberg bemühte, gruben hilfsbereite Frauen und Feuerwehrlente den Straßenbahnführer aus, der glücklicherweise unverletzt geblieben war. Die Plattform des Straßenbahnwagens war zerbrochen und sämtliche Scheiben des unteren Wagens zertrümmert. Durch den Unfall entstand eine halbstündige Verkehrsstörung.

**Ein schwerer Unfall** trug sich Mittwochmorgen in einer Maschinenfabrik in der Giesstraße 31 zu. Die dort beschäftigte 20jährige Frau Anna Müller aus Neuhardenberg geriet infolge eigener Unvorsichtigkeit mit dem Kopf in die Bohrmaschine. Der Unglücklichen wurde hierbei die Kopfhaut weggezissen. Am Aufkommen der Frau wird gezweifelt.

## Aus dem Stadtverordnetenjaal.

Leipzig, den 20. Juni.

Im März hatten drei Handlungsgehilfenverbände in einer Eingabe gebeten, den 7. März-Badenklub auch auf Apotheken usw. auszuweihen. In seiner Rückantwort hat der Rat erklärt, er halte die Forderung der Eingabe zur Zeit für aussichtslos.

In einem Schreiben teilte der Rat dem Magistrat des Stadtrates Beden mit. Vorherer Justizrat Dr. Rothe widmete dem Schreiben folgende Worte der Anerkennung.

### Wahlen.

In dem gemäßigten Ausschuss für die Reichstagswahlen wurden gewählt die Stadtr. Eintrich, Knapp, Knoll und Bürgermeister Volzender; aus der Bürgerchaft: Verbanddirektor a. D. Georg Bernhard, Oberlehrer Alfred Hill, Arzt, Rechtsanwalt Justizrat Dr. Otto Georg, Kaufmann Kurt Meyer, Buchhändler Richard Spindt, Privatmann Friedrich Marx, Arbeiterführer Otto Meyer und Kgl. Bezirksbeamten a. T. Ernst Alfred Proffe.

In dem gemäßigten Ausschuss für den Arbeitsnachweis der Stadt Leipzig wurden gewählt die Stadtr. Breckauer, Eulich und Wilschel; aus der Bürgerchaft: Fabrikant Dr. phil. Heinrich Runath, Direktor Alfred Rothe, Angestellter des Transportarbeiterverbands

Karl Sangerlaud, Gewerkschaftsleiter Eduard Bauer, Gewerkschaftsleiterin Fräulein Martha Rothe und Textilarbeiterin Frau Margarete Richter.

Der Eintragung des Vorstands-Betriebs im Neuenhaus E. Schönefeld wird unter Nachbesserung von 28000 M. zum diesjährigen Haushaltsplan für das Armen- und Versorgungswesen zugestimmt.

Zu der Eingabe über die Erhöhung des Wohnungsgeldes der Arbeiterbeschäftigten an den Volksschulen von jährlich 400 auf 500 M. beantragte der Schulausschuß: die Eingabe dem Rat zur Erwägung zu überweisen.

Stadtr. Siemann beantragt, die Eingabe dem Rat zur Berücksichtigung zu überweisen. Es sei notwendig, den Wünschen der Arbeiterbeschäftigten in irgendeiner Weise entgegenzukommen.

Stadtr. Dr. Jund (l. Abt.) hält es für zweifelhaft, ob nicht die Beschäftigten einen Rechtsanspruch auf das Wohnungsgeld haben. Nach dem Gesetz müßten die Arbeiterbeschäftigten das gleiche Wohnungsgeld bekommen wie die anderen Fachlehrerinnen. Man könnte die 500 M. bewilligen.

Stadtrat Dr. Kneemann meint, der Rat werde den Anspruch der Arbeiterbeschäftigten absehen müssen.

Die Eingabe wurde dem Rat zur Berücksichtigung überwiesen. Zugestimmt wurde der Fortgewährung des jährlichen Zuschusses von 3 M. zum Krankenkassenbeitrag der Mannschaften der Hauswache, Feuerwehr und des Schutzmännchens.

Nichtigkeitsproben wurde eine Anzahl Rechnungen. Eine Eingabe über das Bezugsverfahren für Wein, Bier, Spirit. und Schokolade blieb auf sich beruhen.

Der Verleinerung der beiden Mietverträge zwischen der Stadtgemeinde und der Zentraltheater-Gesellschaft über das Operntheater usw. unter den bisherigen Bedingungen bis 31. August 1924 wurde zugestimmt.

### 1 1/2 Millionen für die Kleiderverwertungsgesellschaft.

Die Vorlage lautet: a) der Kleiderverwertungsgesellschaft in. b. d. Kleiderverwertungsgesellschaft für den Ankauf von 50000 Paar Schuhe ein Berechnungsgeld bis zu 500000 M. zu Lasten des Kontos für Vertriebskosten als Darlehen gemäß § 5 des Vertrags vom 10. Mai 1917 zur Verfügung zu stellen, b) ihr zum Ankauf weiteren Schuhwerks und etwaiger sonstiger Kleidungsstücke ein weiteres Berechnungsgeld bis zu 1 Million Mark zu Lasten des Kontos für Vertriebskosten als Darlehen gemäß § 5 des Vertrags zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag und Verleinerung aus dem Rat: zu a) 1. Zustimmung, zu b) 2. Ablehnung mit der Maßgabe, daß der Vertrag mit der K. V. G. im § 5 geändert und die Gesellschaft ermächtigt wird, auch von dritter Seite, insbesondere Banken, Geldbeiträge zum Ankauf der nötigen Waren aufzunehmen.

Der Referent bemerkte, in den Ausschüssen sei erklärt worden, erst hätte es gehen, die Kleiderverwertungsstelle drauße von der Stadt 200000 M., jetzt sei die Summe auf 2 Millionen gestiegen. Bürgermeister Rothe versichert, der Rat tue alles, die Stadt nicht zu stark finanziell zu belasten.

Die Vorlage wurde nach kurzer Diskussion gegen 15 Stimmen angenommen.

Es wurden noch eine Anzahl Erträge erledigt. Vor den Ferien sollen noch zwei Sitzungen stattfinden, die nächste wird am 4. Juli abgehalten. Die erste Gesamtsitzung nach den Ferien soll am 20. August stattfinden.

Der Öffentlichkeit folgte eine geschlossene Sitzung.

## Sächliche Angelegenheiten.

### Bildung eines sächlichen Ausschusses für Uebergangswirtschaft.

Nachdem die in den Verhandlungen der 2. Kammer vom 14. Mai 1917 an die Regierung ergriffene Anregung den Handelskammern unterbreitet worden war, wurde nach Beratung und Beschlußfassung in der letzten Zusammenkunft der Vorsitzenden und Syndik des Ministeriums die Bildung eines sächlichen Ausschusses für Uebergangswirtschaft in der Form empfohlen, daß der aus einem tüchtigen kleinen Personenzirkel zu bestmöglicher Zusammensetzung Vertreter der Handels- und Gewerbetreibenden und des Bundesrats vor allem als ständige Mitglieder zu beteiligen und im übrigen die aus Sachsen in Beirat oder Ausschüssen beim Reichskommisssionären Sachverständigen und sonstige sachverständige Interessenten zu je angehenden Beratungen von Fall zu Fall hinzuzuziehen sind.

### Seimatbank für Künstler.

Aus Dresden schreibt man uns: Als Ergänzung zum Seimatbank wurde gestern in Dresden eine Unterhaltungs-Organisation für Künstler geschaffen, die als Ergänzung zum Seimatbank gedacht ist; beteiligt sollen alle Künstler sein, schaffende wie ausübende. Der Jahresbeitrag ist sehr niedrig, nur 3 Mark. Der Grundstock beträgt einige 50000 Mark. Man denkt die Einnahmen durch Veranstaltungen, bei denen die Künstler selbst hervorragend mitwirken und beteiligt sind, auf einen hohen Stand zu bringen.

**Chemie.** Von heute an wird in Chemnitz einster, denn nach den hiesigen Blättern soll die öffentliche Beleuchtung unterbleiben. Die Ufa, die stellt darüber folgendes mit: „Die wir hören, macht sich die gleiche Maßnahme auch in Chemnitz notwendig, weil die Kohlenzufuhr für die Gaserzeugung nicht in ausreichendem Maße erfolgt. Bei den kurzen und hellen Nächten des Sommers ist ja die Straßenbeleuchtung keine unbedingte Notwendigkeit, viel wichtiger ist die Versorgung der Bevölkerung mit Gas und Elektrizität für andere Zwecke. Es wird der Bürgerchaft deshalb empfohlen, Verschwerden zu unterlassen und eigene Wünsche, die nicht erfüllt werden können, zurückzuführen. Wo sich Unzulänglichkeiten herausstellen, wird nach Möglichkeit Abhilfe geschaffen werden.“

**Reine Nachrichten aus dem Lande.** In der Grubenlampenfabrik von Triemann & Wolf G. m. b. H. an der Reichenbacher Straße in Zwickau explodierte aus noch unauflösender Ursache am Dienstag vormittag ein Argon-Schweißapparat, wobei der Apparat bedienende 21 Jahre alte unverheiratete Karl Schenkel aus Kuerbach i. E. tödliche Verletzungen erlitt. Schenkel war zur Arbeitsleistung aus dem Felde beurlaubt. — Im Stadteil Böhlig in Zwickau brach Dienstag nachmittag im Kurt Bogel'schen Gute Feuer aus, das den Dachstuhl und das Obergeschloß vernichtete. — Als der 77jährige Schulknabe Walter Müller im Naturbade Parkmannsdorf bei Chemnitz zum ersten Male badete, brach am Ufer stehend mit den Beinen im Wasser plätschernd, wurde er infolge der starken Sonnenhitze von einem Unwohlsein befallen, fiel in das Wasser und ertrank. — Beim Baden ertrank ein heute nachmittag in der Badeanstalt des Naturheilvereins Großschönau der 18jährige Arbeiter Gustav Richard Maude. Er sollte am Donnerstag zum Militär einziehen. Er war zu plötzlich ins Wasser gesprungen, so daß Wertschlag eintrat.

## Aus der Umgebung Leipzigs.

**Mühe.** Infolge der Kohlenpreiserhöhung und der Kohlenknappheit sind die Preise für Gas und Gasprodukte erhöht worden. Zu dem Preise, der gegenwärtig für Gas zu Buche kommt, 22 Pf., sind an den Leuchtgaswerken 17 Pf., und für Automaten gas 28 Pf. für 1 Kubikmeter beträgt, wird vom 1. Juli an ein zehnprozentiger Zuschlag erhoben. Die Preise

für die in der Gasanstalt gewonnenen Nebenprodukte werden wie folgt festgesetzt: Perikols 1.40 M., grober Kohl 1.70 M. und gebrochener Kohl 1.80 M. für 1 Kubikmeter ab Werk. Der Preis für 1 Kilogramm beschlagnahmefreies Esser beträgt im Kleinverkauf 20 Pf. ab Werk; im übrigen gilt der gesetzliche Höchstpreis, 100 Liter Ammoniakwasser kosten ab Werk 15 Pf. Diese Preise gelten vom 1. Juli an.

**Zwettau.** Die Brotkartenausgabe erfolgt am Donnerstag für die Buchstaben A bis K, am Freitag für die Buchstaben L bis Z. Butter wird am Freitag bei Hingel, Wör, Kühn und im Konsumverein verkauft. Ein Viertelbrot 37 Pf. 50 Kr. und ein Viertelbrot auf den Kopf (Abschnitt 5 der Lebensmittelkarte), kommen für 30 Pf. das Pfund im Konsumverein, bei Kiesel, Wör, Kühn und Dorenberg zum Verkauf.

**Brennholz** aus den hiesigen Stadtwaldungen wird bis auf weiteres nicht mehr veräußert, sondern kommt durch die Stadt an unsere Einwohner zur Verteilung. Meldungen der gewünschten Menge unter Angabe des Kohlenvorrats sind im Rathaus anzubringen. Die Zuteilungen erfolgen nach Maßgabe der vorhandenen Mengen und des Bedürfnisses des Haushalts der Nachfragenden.

**Wahren.** Die hiesige Gendarmerie ermittelte einen Dieb, der in einer Juristerei, bei der er beschäftigt war, einen Erdbeerring im Werte von etwa 1000 M. gestohlen hatte. Der letztgenannte Dieb hatte den Ringen zerhackt und Stückweise verkauft.

**Rühlens.** In einer hiesigen Wirtin wurden in einer der letzten Nächte 9 Rindchen im ungefähren Werte von 100 M. durch Einbruch gestohlen.

**Marxtraub.** Die im Bezirk der Stadt Marxtraub aufgeführten Zehnter, die das 7. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sind Freitag, den 22. Juni, nachmittags 5 Uhr, in der Aula der Alten Schule zur ärztlichen Untersuchung vorzuführen. Es ergeht deshalb an alle Zehnter- und Pflegsleute der betreffenden Kinder die Aufforderung, zu dem vorerwähnten Termin mit den Kindern pünktlich zu erscheinen. Unentschuldigtes Ausbleiben wird mit Geldstrafe bis zu 80 M. oder entsprechender Haft bestraft.

**Schleudig.** In der städtischen Butterverkaufsstelle können die hiesigen Einwohner Butter wieder käuflich erwerben, und zwar pro Person 50 Gramm. Auf Zulagekarten des Kreises Verleinerung werden 75 Gramm verabfolgt. Der Verkauf der Butter erfolgt gegen Abgabe des Abchnittes 31 unserer Lebens- und Verbrauchsmittelkarte rot, grün, violett. Die Auszahlung der Butter erfolgt nur an Erwachsene. Der Preis für 50 Gramm Butter beträgt 27 Pf., für 75 Gramm Butter 40 Pf. Die Verkaufsstelle ist geöffnet: Freitag, den 22. Juni, vormittags 9 bis 11 Uhr für die Haushaltungen Nr. 1-187, von 1/10 bis 11 1/10 Uhr für Nr. 188-321, von 11 bis 12 1/10 Uhr für Nr. 322-665, von 12 1/10 bis 12 1/2 Uhr für Nr. 666-812; nachmittags 2 bis 3 Uhr für Nr. 813-955, von 3 bis 4 Uhr für Nr. 956-1264 der Lebens- und Verbrauchsmittelkarte der Stadt Schleudig. Sonnabend, den 23. Juni, vormittags von 9 bis 10 Uhr, für die Haushaltungen Nr. 1265-1471, von 10-11 Uhr für Nr. 1472-1698, von 11 bis 12 Uhr für Nr. 1699-1960; nachmittags von 2 bis 3 Uhr für Nr. 1961-2020, von 3 bis 4 Uhr für Nr. 2021-2025 der Lebens- und Verbrauchsmittelkarte der Stadt Schleudig. Die Fortsetzung des Ausweklapens kann gefordert werden.

Zur Entnahme von Fleisch und Fleischwaren bei den Fleischern des hiesigen Fleischverordnungsbezirks sind in der Zeit vom 10. bis 25. Juni von den diesen Zeitraum lautenden Fleischverordnungsabschnitten gültig die Abschnitte 8-10 der Vollkarten, die Abschnitte 3-6 der Kinderkarten, außerdem der Abschnitt 8 für Schwerarbeiter.

**Wagen.** Am Montag, dem 25. Juni, findet eine öffentliche Stadtverordnetenversammlung und Wahl eines Bürgermeisters statt.

**Merseburg.** Nach 11 Uhr. Am Merseburger Landtag erlitt ein Prüdeln M. H. folgende auffällig gelehte und höchst räuberische Angelegenheit: „Weglich der Angelegenheit des Monteurs D. St. in Merseburg, daß er seine Verlobung mit mir aufhebe, erklärte ich hiermit, daß ich lebe, der ein Interesse daran hat, den Brief zur Verfügung stelle, in dem er mir mitteilt, daß das Verlangen mit einer Kriegserklärung ihn zwingt, die Folgen zu tragen, und mich bitte, ihn nicht zu hart zu verurteilen, da er genug bestraft sei.“

**Leipzig.** Riefen und Preise. Für den Kreis Leipzig betragen die Kleinhandelspreise für Weißbrot für das Pfund 34 Pf., welche, bis 25. Juni 55 Pf., vom 26. Juni an 40 Pf., Weißbrot, große Sorte, 55 Pf. Als Kleinhandel gilt der Verkauf in Mengen von nicht mehr als 20 Pfund.

## Von der Kohlennot.

Am 5. Juni war die Kohlennot Gegenstand einer eingehenden Aussprache in der Stadtverordnetenversammlung zu Frankfurt a. M. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten trugen den Magistrat, welche Schritte er getan habe, um die Kohlenversorgung der Bevölkerung zu sichern und einer erneuten Kohlennot im Winter 1917/18 vorzubeugen. Der sozialistische Stadtverordnete und Stadtverordnete Dr. Heilbrunn nahm dabei Veranlassung, den Ursachen der Kohlennot nachzugehen, und was er darüber ausführte, war eine scharfe Kritik gegen das Kohlen-syndikat und die Regierung. Seine Ausführungen verdienen weitest Beachtung. Wenn heute, so sagte er, auf irgend einem Gebiete ein Mangel ausbricht, dann sind es in allererster Linie die Konsumenten, die daran glauben müssen; so sollen sich zuerst auf das äußerste einschränken; die Großhändler sollen Maßnahmen treffen, um auf der einen Seite die nötige Versorgung vorzunehmen, auf der anderen Seite den schon eingeschränkten Konsum nach Möglichkeit herunterzudrücken und so die Notlage der Bevölkerung noch mehr zu vergrößern. Ingeheim dieser Verhältnisse haben die Großhändler alle Veranlassung, den Ursachen dieses Mangels in der Kohlenproduktion nachzugehen, denn Deutschland ist ein Kohlenland allerersten Ranges. Deshalb ist die Lieferungsverpflichtung um so größer, daß wir jetzt vor einem solchen Kohlennot stehen. Man sagt, die Kohlenproduktion sei schon vor dem Kriege zurückgegangen. Das ist richtig; aber es war noch so außerordentlich groß, daß wir 1913 noch 100 Millionen Tonnen gefördert haben, daß wir einen Ausfuhrüberschuß von 20 Millionen Tonnen hatten, denn wir haben 80 Millionen Tonnen nach dem Auslande exportiert und nur 10 Millionen Tonnen von England zur Versorgung der Haushalte bezogen. Bei einem solchen Lieferüberschuß der deutschen Kohlenförderung hätte kein Mensch damit rechnen können, daß wir jetzt in eine Kohlennot geraten könnten, und daß ich nicht zu beweisen, daß die Kriegswirtschaft auf seinem Gebiete so verfaßt hat, wie auf dem Gebiete der Kohlenversorgung und der Kohlenverteilung, obwohl gerade auf diesem Gebiete die besten Voraussetzungen für eine zentralisierte Verwaltung gegeben waren. Es war die Möglichkeit gegeben, eine Kartellgesellschaft, eine gemeinnützige Organisation zu schaffen, indem der Staat die Hand auf dieses Gebiet gelegt hätte. Das ist leider nicht geschehen. Im vorigen Winter ist uns gesagt worden, die Hauptverantwortung sei eigentlich nur dem Transportverweigerer; es sei die Schließung der Schiffahrtswegen, sobald die Flüsse und Kanäle vom Eis frei seien, kamen wieder Kohlen herein. Die Schiffahrt ist wieder in vollem Gange, aber Kohlen kommen nicht. Man hat dann wieder gesagt, die Eisenbahn sei schuld; die Eisenbahn stelle nicht genug Waggons nach dem rheinisch-westfälischen Beckengebiet zur Verfügung. Die Eisenbahn hat inzwischen eine außerordentlich große Organisation eingeführt durch Einrichtung der Zentral-Versteigerung in Ost und West. Der Eisenbahnminister hat so viele Waggons zur Verfügung gestellt, daß sich in Osten eine Sammlung von leeren Waggons ergeben hat. Die Waggons haben tagelang vorbestanden, während sie an anderen Stellen benötigt wurden. Sind das nicht merkwürdige Zustände? Trotzdem die Transportverweigerer



## Paul Bronchhorst.

Roman von Levin Schilding.

65] Nach einer halben Stunde führte Pierre ihn bei dem Herzog ein. Gaston von Anglure lag in seinem Schlafrock in einem weichen Kissen ausgestreckt, die Füße dem Kamin zugewandt, die Arme in seinen weichen Händen schlief auf den Lehnen des Sessels ausstreckend.

Er warf dem Hofrichter, als dieser eintrat, einen matten, melancholischen Blick zu, ohne die halbgeschlossenen Lider zu öffnen, ohne des Beamten tiefe Verbeugung auch nur durch ein Nicken zu erwidern.

Komme, Eurer Durchlaucht submissiv die bis jetzt aufgenommenen Protokolle zu unterbreiten, begann der Beamte.

Sagt kurz, was Sie enthalten, Hofrichter, lautete des Herzogs halbblau gesprochenes Erwiderung.

Genehmigen Ew. Durchlaucht höchstselbst . . .

Ich geschlagener Mann! seufzte der Herzog. Nun muß ich auch dies noch über mich ergehen lassen — Eure Protokolle lesen, Hofrichter! Nun, geht her.

Der Herzog durchzog die Blätter, die der Hofrichter ihm darreichte. Das erste, zweite überblühte er mit der melancholischen Niedergeschlagenheit, die auf seinem ganzen Wesen angeprägt lag; plötzlich aber erhob er das Haupt und schaute den Hofrichter mit einem zornigen, drohenden Blick an.

Durchlaucht — sagte Herr Kaudermann — ich habe nichts getan als meine Pflicht . . .

Ach, geht zum Teufel mit Eurer Pflicht . . . ist das Eure Pflicht, meinen Neffen zu verdächtigen? Mit dieser verdammten Patronengeschichte gestillt ein Mitglied meines Hauses zum Mörder machen zu wollen? In der Tat, Ihr leidet mir noch mit Eurer Pflicht! Hat sich nicht dieser Unglücks Mensch, dieser Schlettenbock, ohnehin in den Kopf gesetzt, der Streich ginge von uns aus — weil er nicht Feuer und Flamme deshalb, stieß er nicht gestern wahrhaft wahnwitzige und tolle Drohungen wider mich, seinen Souverän und Herrn, aus? Und nun kommt Ihr mir noch mit Euren einfältigen Patronen! Fort mit Euren Protokollen, in den Kamin damit . . .

Um Gottes willen, fiel der Hofrichter ein, indem er sich seiner kostbaren Papierbogen bemächtigte, die der Herzog Meute machte, den Flammen zu übergeben.

Ich sage Euch, Hofrichter, fuhr der erzürnte Herzog fort, wenn Ihr der Untersuchung nicht, allzufrüh eine andre Wendung gebt, so sage ich Euch aus meinem Dienst; nichts mehr von Euren Patronen — versteht Ihr mich?

Nicht ganz verstehe ich Ew. Durchlaucht, versetzte der Hofrichter mit gerötetem Gesicht und sich aus seiner bedeutenden Stellung hoch aufrichtend. Ich gebe der Untersuchung keine Richtung; die Tatsachen tun es; ich muß unparteiisch, wie es der Justiz zukommt, ohne Ansehen der Person vorgehen, und werde dies tun, bis mir ein schriftlicher Auftragsbefehl Ew. Durchlaucht zugesendet wird, daß Serenissimus alle und jede Untersuchung niederzuschlagen. Ew. Durchlaucht haben dazu die Macht!

Niederzuschlagen? rief der Herzog aus — damit der Verdacht erst recht Boden gewinnt? Wie kann man wagen, mir das zu raten? . . . Ich wage nicht, das zu raten. Im Gegenteil, ich würde es höchlich bedauern; und da es also nicht geschehen wird, so werde ich jetzt um die Erlaubnis bitten müssen, die durchsichtigste Prinzessin Leonie zu vernehmen.

Keine Tochter wollt Ihr vernehmen? Wozu? Wollt Ihr etwa den Verdacht auf sie lenken, wenn Euch mißfällt, meinen Neffen zu verurteilen? Zum Teufel, Hofrichter, ich finde Euch unverschämter, als man sagen kann!

Wenn Ew. Durchlaucht der Justiz liberaler Gemüthe in den Weg legen, so bin ich überflüssig.

Der Herzog sah den kleinen Hofrichter mit einem verwunderten Blick an.

Nun, sagte er ruhiger, Ihr meint ehrlich, sonst wäret Ihr nicht so groß! Aber was hat meine Tochter mit Euch oder der Untersuchung zu schaffen?

Wenn Durchlaucht geruhen wollte, in der Durchsicht der Protokolle fortzuführen . . .

So geht her!

Der Herzog nahm die Papiere noch einmal aus den Händen des Beamten und fuhr fort, sie rasch zu überfliegen.

Ah, Monsieur Paul — sagte er dann plötzlich und las mit steigender Spannung — Monsieur Paul — wer hätte das gedacht!

Durchlaucht glauben also . . .

Nun, da bleibt ja kein Zweifel übrig — weshalb wäre er denn sonst verschwunden von hier, was treibt ihn fort? Er hat eine Leidenschaft für Leonie — ich weiß das, mein Neffe hat es mir gesagt. Er hat dem Grafen von Epaville vorausgeschaut, daß er irgendeine rasende Tat begehen würde — wie könnt Ihr denn da noch zweifeln und weillsüßig Euren Patronenunfug protokollieren? Sorgt dafür, daß dieser Monsieur Paul sofort verhaftet und hierher geliefert werde. Ihr werdet sehen, daß er auch gesteht. Ich kenne ihn.

Erlauben Durchlaucht, daß ich die gnädige Prinzessin verhöre?

Wozu? Glaubst Ihr, eine junge Dame werde Euch über solche Dinge, worüber Ihr sie fragen wollt, die Wahrheit sagen? Nichts da! Ich werde meiner Tochter das zu erippen wissen. Sie ist nicht geboren, mit der Justiz in Verbindung zu kommen. Ich verbiete es Euch ausdrücklich. Ihr braucht keine Schleichwege zu machen. Laßt den Monsieur Paul verhaften, Ihr sollt sehen, daß er Euch die schönsten Bekundnisse macht — offen und ehrlich. Er hat den Clementis im Zorne totgeschossen. Kein Zweifel. Welche Strafe steht darauf?

Das Schwert oder das Rad, je nachdem, Durchlaucht.

Angenehme Ansicht! Da wollt Ihr Euch aufblähen wie ein Pater in Euerem Stolz, daß Ihr ein Todesurteil zu fällen habt. Dann soll ich Euch den Gefallen tun, Eure lateinischen Brutalitäten zu unterschreiben, soll dann erlauben, daß mir hier das ganze Land zusammenläuft, um den Spektakel zu schauen, wie einer geköpft wird. Psui — verschont mich damit, Hofrichter, ich will nichts damit zu schaffen haben, ich will nichts davon hören noch sehen!

Was befehlen Durchlaucht denn, daß geschehe? fragte der Hofrichter barsch, innerlich kochend vor Zorn über diese unfröhlichen Neben seines Gebieters.

Was ich befehle? Daß Ihr mich in Ruhe laßt — mich, meine Tochter und meinen Neffen — im übrigen tut, was Ihr wollt. Ach, ich bin ein geschlagener Mann mit dieser entsetzlichen Geschichte! Ich bin zu meinem Unglück in dieses schreckliche Land gekommen. Ich habe den Appetit und den Schlaf verloren. Wenn ich die Augen schließe, steht der gräßliche Mensch, der alte Baron, vor mir, wie er unter der verkrüppelten Fichte lauert und mit seinen raddrigen, runden, wilstenden Augen zu mir aufstarrt. — Es ist schrecklich! Ich will fort von hier, bis alles zu Ende ist, ich will nach Paris, nach Italien gehen. Unterdes köpft und rädert hier, wen Ihr wollt. Geht, Hofrichter, geht, und kommt mir nie wieder mit Euren abscheulichen Protokollen.

Der Hofrichter verbeugte sich stumm und ging. Der Respekt, der in der Seele des würdigen Beamten für seinen Gebieter geliebt hatte, war durch diese Audienz nicht erhöht worden. Ist das ein

Mann, ein Missethater? fragte er sich, während er die Stiegen, die zu den fürstlichen Appartements führten, niederschritt — das ist ein . . . sagen wir ein Missethater, ein wahres Kind! Ein dem Herrn Paul Bronchhorst wahrlich nicht besonders grün; es ist ein hoffärtiger Mensch; habe seinen Zigenneraugen nie recht getraut; aber um den Gnädigsten da hat er in der Tat nicht verdient, daß er ihn sofort preisgibt, ihn zum Mörder und Totschläger stempelt will — nur damit der Verdacht von seinem tugendhaften Neffen, dem Herrn Grafen Antoine, ferngehalten wird. Der Bronchhorst hat Seele und Leib eingelebt für Serenissimi Geschäfte, Angelegenheiten und Interessen! Hat sich geplagt mit hundert Dingen, die nicht einmal seines Amtes waren, von früh bis spät. Und das ist der Lohn! das hat man von den hohen Herren zum Dank, wenn man für sie das Uebermenschliche leistet!

(Fortsetzung folgt.)

## Bettler.

Von Maxim Gorki.

Wenns auf der Straße still war, blühte sie auf mich seine Anziehungskraft weiter aus — sobald jedoch frühlicher Minderlärm in ihr erkünte, ließ ich trotz aller Verbote des Großvaters den Kopf fort. Aus Reulen und Schrammen machte ich mir nichts, dagegen empfanden mich die Aboheiten aufs höchste, die beim Spiel auf der Straße zutage traten. Es war mir in der Seele zuwider, wenn die Kinder sich damit vergnügten, Hunde oder Hühner aneinanderzuheben, Naken zu quälen, die Hengen der Juden herumzujaugen, betrunnene Bettler zu verpöbeln oder mit dem schwachstimmigen Jospha ihren Schabernack zu treiben.

Jospha war ein hochgewachsener, hagerer Mann, der so aus sah, als wenn er eben aus dem Mauthaus käme. Er trug einen schweren Zugspeck, hatte krüppeliges Haar und ein fleischiges, wie mit Mehl bedecktes Gesicht. Er ging abseits und selbst hin und her wackelnd und sah, wenn er auf der Straße daherkam, stets schweigend vor sich hin auf die Erde. Sein eisernes Gesicht mit den kleinen schwerwichtigen Augen schloß mir eine Art ängstlicher Ehrerbietung ein — ich war der Meinung, daß dieser Mensch mit ernstlichen Dingen beschäftigt sei, daß er irgend etwas suchte und man ihn dabei nicht behindern dürfe.

Die Kinder liefen hinter ihm her und warfen mit Steinen nach seinem gebeugten Rücken. Eine ganze Weile schien er sie nicht zu bemerken und den Schmerz, den sie ihm verursachten, nicht zu spüren. Dann aber blieb er stehen, warf den Kopf mit der zottigen Mähne zurück, schob diese mit einer krampfhaften Handbewegung zurück und sah sich um, als ob er eben erst erwacht wäre.

„Jospha, Tod in der Tasche — Jospha, wohin gehst du? Sieh doch, der Tod ist in der Tasche!“ riefen die Kinder.

Er lachte mit der Hand nach der Tasche, nahm dann, sich rasch vorneigend, einen Stein, ein Stück Holz oder einen trockenen Astbalken von der Erde auf, holte ungeschickt mit dem langen Arme aus und murmelte ein Schimpfwort vor sich hin. Er gebrauchte nur immer drei gemeine Schimpfwörter — in dieser Hinsicht waren die Kinder ihm weit überlegen. Anweilen ließ er hinter sich ihnen her, der lange Pelz behinderte ihn aber am Gehen, und er sank in die Knie und stützte sich mit den schwarzen Händen, die wie dicke Krallen ansahen, auf die Erde. Die Kinder bewarfen ihn nun von hinten und von den Seiten mit Steinen, und die letzten liefen ganz dicht an ihn heran, freuten ihm eine Handvoll Staub auf den Kopf und rannten schnell davon.

Ein zweiter, vielleicht noch qualvollerer Eindruck der Strafe war für mich der bettelnde Werksührer Grigorij Iwanowitsch — er war ganz erblüht und ging, um Almosen bittend, von Haus zu Haus. Hochgewachsen, schlank und schlau, schritt er dabei, am Arme geführt von einer kleinen alten Frau, die vor den Fenstern stehen blieb und, irgendwohin zur Seite schielend, in langgezogenem, winselndem Tone bettelte:

„Gibt uns Christen, einem Mäden, Armen!“

Grigorij Iwanowitsch aber schloß. Seine schwarze Brille blühte geradenans auf die Hauswand, auf das Fenster, auf die Gesichter der Passanten, die durch und durch rot gefärbte Hand strich leise über den breiten, vollen Bart, die Lippen blieben fest geschlossen. Ich sah ihn recht oft, doch nie kam ein Laut aus diesem verschlossenen Munde, und das Schmelzen dieses Grelles hatte für mich etwas qualvoll Bedrückendes. Ich brachte es nicht fertig, an ihn heranzugehen, sondern ließ, sobald ich ihn erblickte, nach Hause und sagte zur Großmutter:

„Grigorij bettelt auf der Straße!“

„Wirklich?“ rief sie beunruhigt und voll Mitleid. „Da nimm schnell und lauf hin — gib ihm das!“

Ich weigerte mich groß und unwillig, ihm ein Almosen hinzulegen. Da ging sie selber vors Tor und sprach, auf dem Bürgersteig stehend, lange mit ihm. Er lächelte und schüttelte seinen Bart, sprach jedoch nur wenig.

Zuweilen rief die Großmutter Grigorij in die Küche, bewirtete ihn mit Tee und gab ihm zu essen. Einmal fragte er auch nach mir, wo ich denn wäre. Die Großmutter rief mich, ich ließ jedoch fort und verdeckte mich hinter den Hofzaun. Es war mir unmöglich, an ihn heranzugehen — ich schämte mich aufs tiefste und wußte, daß auch die Großmutter sich schämte. Einmal nur sprach ich mit ihr von Grigorij; sie hatte ihn zum Hofster hinausbegleitet und ging dann, still weinend, mit gesenktem Kopfe über den Hof. Ich trat zu ihr hin und sagte ihre Hand.

„Warum läufst du denn vor ihm weg?“ fragte sie leise. „Er hat dich doch so gern, er ist ein guter Mensch.“

„Warum ernährst ihn der Großvater nicht?“ fragte ich.

„Der Großvater?“

Sie blieb stehen, drückte mich an sich und sagte fast flüsternd, in prophetischem Tone:

„Denk an mein Wort: der Herr wird uns noch schwer strafen um dieses Menschen willen! Er wird uns strafen, ja!“

Sie hat sich nicht getäuscht. Zehn Jahre später, als sie bereits für immer zur Ruhe eingegangen war, ging der Großvater selbst als irrfinniger Bettler durch die Straßen der Stadt und flehte mit kläglichem Stimm unter den Fenstern:

„Meinerguten Adäe, gebt mir doch ein Stückchen Pastete, bitte, bitte! Ach, i—ihr!“

Es war alles, was von seiner Vergangenheit geblieben war, dieses bittere, langgezogene, an die Seele greifende „Ach, i—ihr!“

Außer Jospha und Grigorij Iwanowitsch war da noch die liebedürstige Boronicha, deren abstoßender Anblick mich von der Straße forttrieb. Sie zeigte sich zumeist an den Feiertagen — auffallend groß, zerzaust und betrunken, kam sie in ihrer ganz besonderen Gangart daher, als ob sie die Beine gar nicht bewegte und die Erde nicht berührte, sondern wie eine Wolke dahinschwabte, und sang mit lauter Stimme zottige Lieder. Alle, die ihr begegneten, wichen ihr aus,

versteckten sich in den Torwegen, hinter den Hauswänden, in den Gassen: sie setzten gleichsam die Straße leer. Ihr Gesicht war fast blau, aufgetrieben wie eine Blase, und die großen grauen, spöttisch abgehenden Augen traten in abschreckender Weise hervor. Zuweilen weinte und heulte sie auch:

„Meine lieben Ainderchen, wo seid Ihr?“

Ich fragte die Großmutter, was das zu bedeuten habe.

„Das braucht du nicht zu wissen,“ antwortete sie mürrisch; „erzähle mir aber dennoch kurz die Geschichte dieser Frau. Sie war die Gattin eines gewissen Boronow gewesen, eines Beamten, der sie an seinen Vorgesetzten verschahert hatte, um einen höheren Posten zu erhalten. Der andre war mit ihr abgereist, und sie war zwei Jahre lang von Hause fort. Als sie zurückkehrte, waren ihre beiden Kinder, ein Knabe und ein Mädchen, tot, und der Mann saß im Gefängnis, weil er amtliche Gelder verpielt hatte. Vor lauter Verzweiflung hatte sie sich dem Trunke und der Ausschweifung ergeben, an jedem Sonntagabend mußte die Polizei sie festnehmen.“

## Kleine Chronik.

Ik. Fünfzig Jahre Schreibmaschine. Kaum fünfzig Jahre ist es her, daß in Amerika die erste Schreibmaschine im heutigen Sinne hergestellt wurde, und in dieser kurzen Zeit, nicht viel mehr als ein Menschenalter, hat sie sich derartig unentbehrlich gemacht und ist zu einem so wichtigen Gliede unserer Volkswirtschaft geworden, daß wir sie uns nicht mehr weidenken können. Nach einem im Jahre 1809 erschienenen Buche lebten damals in England 200—300 000 Menschen von der Maschinenschreiberei, in Amerika fünfmal so viel. Und die Zahlen für Deutschland werden hinter denen für Amerika nicht allzuweit zurückstehen.

Die Vorgeschichte der Schreibmaschine ist viele Jahrhunderte alt; fast seit Erfindung der Buchdruckerkunst beschäftigten sich alle möglichen Erfinder damit, auch das geschriebene Wort durch feste Lettern auf das Papier zu bringen, sei es durch Stempel, sei es durch Maschinen irgendwelcher Art. Die eigentliche Geschichte der Schreibmaschine beginnt indessen erst im Jahre 1807, und zwar in Amerika. Damals fanden sich drei Männer zusammen, die alle drei sich schon mit dem Gedanken getragen hatten und nun miteinander das Werk schneller zu fördern gedachten. Sie hießen Sholes, Soule und Glidden. Im Jahre 1807 erludte ihre erste Maschine das Licht der Welt. Sie war schon durchaus eine Schreibmaschine im heutigen technischen Sinne, aber doch noch nicht für die Praxis voll brauchbar. Durch die ersten Mißerfolge entmutigt, zogen sich Sholes und Glidden von der Gesellschaft zurück; dafür trat ein erfindungsreich begabtes Mitglied namens Densmore ein. Die Versuche wurden eifrig fortgesetzt, nacheinander 25 Modelle erbaut und erprobt. Trotz mancher Mißerfolge war die Maschine 1873 so weit, daß die Gehefabrik von Remington in Boston die fabrikmäßige Herstellung übernehmen konnte. Freilich ging das nicht so schnell, wie man es sich gedacht hatte. Noch weitere fünf Jahre gingen über Vorbereitungen hin; dann erschien die erste Remington auf dem Markt, den sie für lange Zeit vollständig beherrschte.

Wie groß die technischen Schwierigkeiten sind, die sich bei der Herstellung von Schreibmaschinen entgegenstellen, das zeigt am besten der Umstand, daß nur die beiden technisch leistungsfähigsten Länder der Erde, Amerika und Deutschland, überhaupt auf dem Schreibmaschinenmarkt eine Rolle spielen, das heißt so leistungsfähige Länder wie die Schweiz und England zurücktreten. Und in diesen beiden Ländern sind es vornehmlich Fabriken von Nähmaschinen oder Dampfmaschinen, die die Schreibmaschinenfabrikation aufgenommen haben, also solche Fabriken, die schon die Maschinenherstellung von feinsten mechanischen Gegenständen kannten; denn an einer Schreibmaschine müssen alle Teile so sauber und genau nach den besten Regeln der Feinmechanik hergestellt und zugleich so kräftig und haltbar nach den Regeln des Maschinenbaus sein, wie bei keinem andern Gerät im ganzen umfangreichen Gebiete der Technik. Eine Augenanziehung von mehr als einem hundertstel Millimeter kann schon den ganzen Mechanismus zum Versagen bringen. Und alle diese vielen tausend Teile, aus denen eine heutige Schreibmaschine besteht, müssen aus dem besten Rohstoff hergestellt, auf größte Genauigkeit gefräst und geschliffen und nachher noch geätzt sein. Wie jedem Fachmann bekannt ist, verziehen sich solche Teile beim Härten und die mühselige Arbeit des Ausrichtens beginnt von neuem. Sind dann alle die Einzelteile fertig und haben sie die wiederholte, sehr strenge Ueberprüfung bestanden, dann können sie zusammengebaut und in der Maschine von neuem ausgerichtet werden; denn nicht um ein hundertstel Millimeter darf der Buchstabe aus der Zeile herausweichen, das würde schon auffallen und die Maschine bei der letzten Prüfung als untauglich erscheinen lassen. Es bedarf deshalb auch eines ungewöhnlich gut geschulten Arbeiterkorps, um überhaupt die Fabrikation durchzuführen zu können; die besten Feinmechaniker müssen noch eine monatelange Lehrzeit durchmachen, ehe man sie selbständig arbeiten lassen kann. Mancher verliert darüber die Geduld und springt ab, andre lernen es nicht, nur wenige bleiben schließlich übrig. Nur Leute mit ganz einwandfreien Augen können überhaupt dazu genommen werden.

Die heutige Schreibmaschine hat zur ursprünglichen Schreibmaschine noch eine ganze Menge Sondererrichtungen erhalten, die sie namentlich für geschäftliche Zwecke brauchbarer machen sollen, wie die Tabellen- und Rechen-Schreibeinrichtungen, die Vorrichtung, um in dicken Geschäftsbüchern schreiben zu können, die selbsttätigen Rechenvorrichtungen, ihre Verwendung in Verbindung mit der Diktiermaschine u. a. m. Daneben gibt es noch die kleinen Reise-Schreibmaschinen, die mit einem Mindestmaß von Gewicht und Raumbeanspruchung gebaut sind und bis auf die erwähnten Sondererrichtungen alles leisten, was die großen können, dabei aber viel billiger sind.

Neues Theater. Freitag, 7 Uhr: Dshello (Gastspiel Urvus). Sonnabend, 7 Uhr: Carmen. Sonntag, 6 Uhr: Die Walfarbe (Gastspiel Urvus). Montag, 7/8 Uhr: Der Salamander. Dienstag, 7 Uhr: Der Postillon von Lonjumeau (Karl Waldmeier vom Mainzer Stadttheater als Gast auf Anstellung). — Altes Theater. Freitag, 7 Uhr: Weg dem, der lügt (Kassleraylus VII). Sonnabend: Kameraden (Pauker von Peter Hansen); Danielle. Sonntag, 7 1/2 Uhr: Romeo und Julia (Kassleraylus VII). Montag geschlossen. Dienstag, 7/8 Uhr: Minna von Barnhelm (Kassleraylus VIII). — Neues Operetten-Theater. Geschlossen.

Leipziger Schauspielhaus. Freitag, Sonnabend, 7/8 Uhr: Die bessere Hälfte. Sonntag, 8 Uhr: Die spanische Fliege (Einheitspreise). 7/8 Uhr: Die bessere Hälfte. Montag, Dienstag, 7/8 Uhr: Die bessere Hälfte.

Battenbergtheater. Abends: Ein Frühlingstraum.

Eingelaufene Schriften.

Max Dessoir, Vom Jenseits der Seele. Die Geheimwissenschaften in kritischer Betrachtung. Stuttgart, Verlag von Ferdinand Eise. Preis 11 Mk.

Bernt Lie, Peter Napoleon. Eine Bubengeschichte. Berlin, Verlag von Morawe u. Schöffel, Preis gebunden 1,50 Mk.

In den nächsten Tagen erscheint unter dem Titel: Meine Kindheit die deutsche Ausgabe des ersten Teils der Memoiren von Maxim Gorki (Verlag Mollen u. Co.). Wir bringen eine Episode des Wegs, das wie kaum ein andres den Seelenzustand des russischen Volkes in den letzten Jahrzehnten erkennen läßt.